

Wirtschaftliche Effekte der EU-Mitgliedschaft in Finnland, Österreich und Schweden

Fritz Breuss

Europainstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien
und
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo), Wien

Beitrag zum Buch:

Paul Luif (Hg.)

Österreich, Schweden, Finnland: Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Böhlau-Verlag: Wien-Köln-Weimar,
2007
S. 235-269

Abstract

Austria, Finland and Sweden – all small highly developed industrial and rich countries – entered the EU in 1995. Their macroeconomic performance since then was quite different. Real GDP in Finland und Sweden increased faster than in EU average, while those of Austria fell back. Austria lost its second rank in GDP per capita (at PPS) and is now the fourth richest EU country; Sweden fell back from the seventh to the eight rank, while Finland improved its position from rank 11 to nine. In a referendum in September 2003 Sweden refused to take over the Euro, whereas the other two countries are members of the euro zone. Ex post model simulations indicate that Finland appears to have profited most from EU membership (0.7 percentage point greater annual GDP growth since 1995), followed by Austria (+0,4 percent) and Sweden (+0,3 percent).

Kurzfassung

Österreich, Finnland und Schweden– alle kleine, hoch entwickelte reiche Industriestaaten – entwickelten sich seit dem EU-Beitritt 1995 unterschiedlich. Das reale BIP stieg in Finnland und Schweden rascher als im EU-Durchschnitt, während Österreich zurückfiel. Österreich fiel vom zweiten Rank im BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards auf den vierten Rang, Schweden verschlechterte seine Position vom siebten auf den achten Rang, während Finnland seinen Platz vom 11. Rang auf den neunten Range verbessern konnte. In einer Volksabstimmung hat Schweden im September 2003 die Einführung des Euro abgelehnt, während die beiden anderen Länder Mitglieder der Eurozone sind. Modellsimulationen zeigen, dass Finnland am meisten von der EU-Mitgliedschaft profitiert haben dürfte (+0,7 Prozentpunkte mehr Wirtschaftswachstum pro Jahr seit 1995), gefolgt von Österreich (+0,4%) und Schweden (+0,3%).

Keywords: European Integration; Austria; Finland; Sweden; Macro model simulations.

JEL classification: F15, F17, F20, F41

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit dem EU-Beitritt	2
3. Handelsparadox – Warum so wenig Handelsschaffung?	8
4. Das Leben im Binnenmarkt – durchschlagende Wettbewerbseffekte?	14
5. Große Änderungen in der Wirtschaftspolitik – mit oder ohne Euro	17
6. Welche Integrationseffekte?	20
6.1 <i>Von der Schwierigkeit, Integrationseffekte zu isolieren</i>	20
6.2 <i>Erwartungen ex ante - Integrationstheorie</i>	21
6.3 <i>Erfahrungen ex post – Ein Integrationsmodell</i>	25
6.4 <i>Gesamteffekte</i>	30
7. Ausblick auf die Zukunft	32
Anhang: Einheitliches Integrationsmodell für Finnland, Österreich und Schweden	34
Literatur:	37

1. Einleitung

Mit der vierten Erweiterung wurden Österreich, Finnland und Schweden am 1. Jänner 1995 Mitglieder der Europäischen Union (EU), die damit auf 15 Mitglieder angewachsen ist. Es handelte sich bei dieser Erweiterung um ausnahmslos reiche Staaten, nachdem die EU in den beiden vorangegangenen Erweiterungen mit Griechenland (1981) sowie Portugal und Spanien (jeweils 1986) „arme“ Staaten aufgenommen hatte. Auch die EU-Erweiterung 2004 drückt wieder das durchschnittliche Einkommensniveau der Union, da die 10 neuen Mitgliedstaaten ausnahmslos arme Länder sind.

Dieser Beitrag untersucht die bisherigen Erfahrungen Österreichs, Finnlands und Schwedens mit der EU aus wirtschaftlicher Sicht. Dabei zeigt sich, dass die drei Länder durchwegs unterschiedlich, aber insgesamt wirtschaftlich positiv abgeschnitten haben. Paradoxerweise kontrastieren die wirtschaftlichen Vorteile durchwegs mit der schlechten Einschätzung der Bevölkerung über ihre persönlichen Erfahrungen mit der EU. Für die große EU-Erweiterung 2004 lassen sich nur bedingt Schlüsse daraus ziehen.

2. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung seit dem EU-Beitritt

Drei kleine, aber reiche Mitglieder: Die vierte EU-Erweiterung um Finnland, Österreich und Schweden im Jahre 1995 machte die EU im Durchschnitt um 0,4% „reicher“, da alle drei Länder – obwohl Kleinstaaten mit Einwohnerzahlen von 5,2 Millionen (Finnland), Österreich (8,2) bis knapp 9 Millionen (Schweden) – zu den Ländern Europas mit dem höchsten BIP pro Kopf zählen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Wirtschaftlicher Größenvergleich

	Fläche 1.000 km ²	Ein- wohner in 1.000	BIP Mrd. KKS ^{*)}	BIP pro Kopf KKS ^{*)}	Handel mit EU ^{**)}		Internationale Wettbewerbsposition ⁺⁾				
					Anteile in % des Gesamthandels	Exporte	Importe	GCI	MEI	PII	TI
Finnland	338,1	5221	120,6	26340	54,6	55,8	1	3	3	3	2
Österreich	83,9	8129	202,7	28340	62,2	68,1	17	10	15	22	16
Schweden	450,0	8997	205,5	27120	55,2	66,3	3	17	6	4	4
EU-15	3234,3	381539	8558,9	25420							
EU-25	3972,6	455808	9384,2	23380							

^{*)} KKS = Kaufkraftstandards.

^{**)} Durchschnittliche Handelsanteile mit EU-14 1995-2003 in % des Gesamthandels

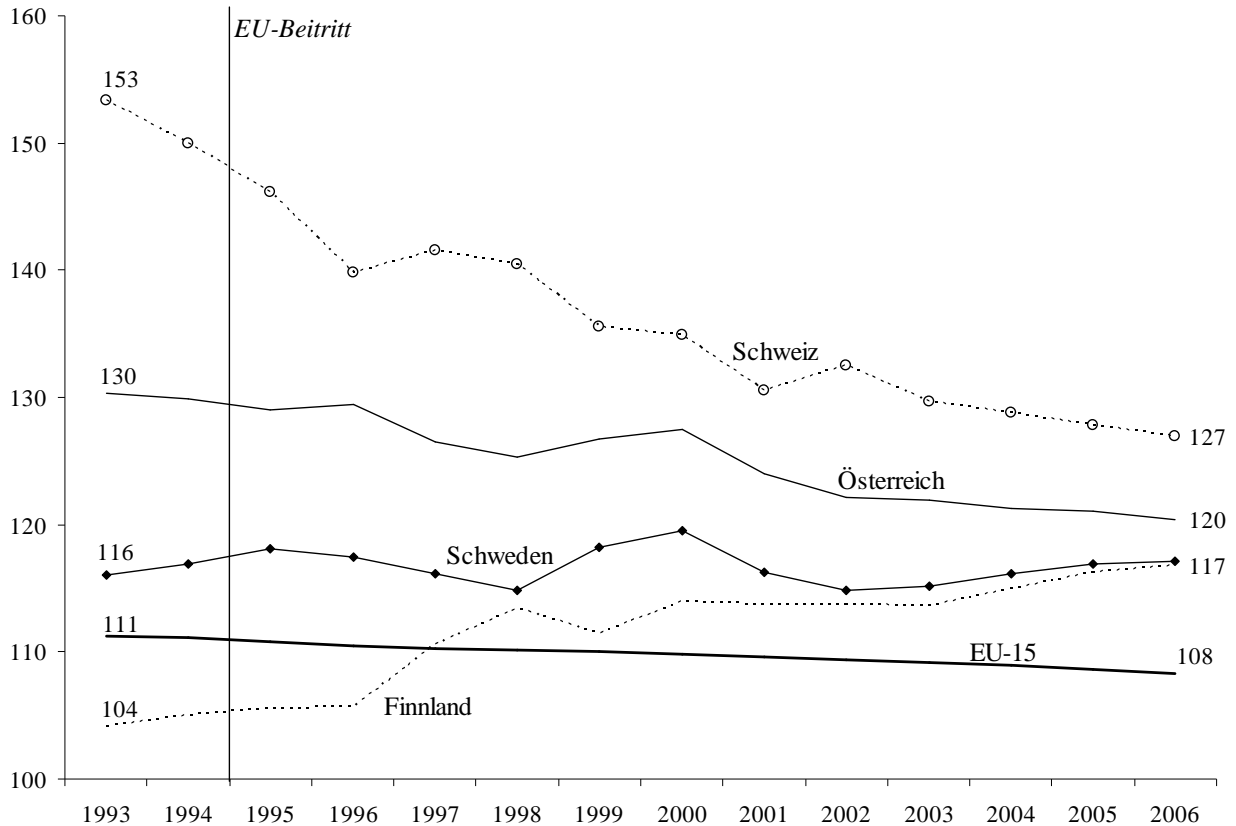
⁺⁾ Die Zahlen repräsentieren die Ränge von 104 erfassten Ländern

GCI = Growth Competitiveness Index (mittelfristiger makroökonomischer Ansatz für dauerhaftes Wachstum); der GCI besteht aus 3 Unterindizes: 1) Macroeconomic environment index (MEI), 2) Public

institutions index (PII) und 3) Technology index (TI); BCI = Business Competitiveness Index (mikroökonomische Bedingungen für kurzfristiges Produktivitätsniveau).

Quellen: *Makrodaten*: AMECO Datenbank der Europäischen Kommission;
Internationale Wettbewerbsposition: The Global Competitiveness Report 2004-2005, World Economic Forum, Geneva, Autumn 2004.

Abbildung 1: BIP pro Kopf in Finnland, Österreich, Schweden und Schweiz, 1993-2006 (KKS, relativ zu EU-25 = 100)



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der AMECO Datenbank der Europäischen Kommission.

Die jüngsten Vergleichszahlen über die Entwicklung des Gesamtwohlstandes in der erweiterten Union, gemessen am BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards (KKS) in den drei Ländern von Eurostat (siehe Abbildung 1) zeigt, dass seit dem EU-Beitritt in Österreich und Schweden das BIP pro Kopf (relativ zu EU-25) gesunken ist, während es in Finnland angestiegen ist. In Österreich, das im Jahr 1995 noch das zweitreichste Land der EU war, sank der Indexwert von 129 auf 121 im Jahr 2005 und nahm damit den vierten Rank (nach Luxemburg 219, Irland, 136 und Dänemark 122) ein. Schwedens BIP pro Kopf lag 1995 um 18% über dem Durchschnitt von

EU-25, was damals Rang 7 bedeutete. Im Jahr 2005 lag es nur noch um 17% über dem EU-Durchschnitt, was dem Rang 8 entspricht. Finnland, das nach der schweren Rezession Anfang der siebziger Jahre 1995 ein BIP pro Kopf von 6% über dem EU-Durchschnitt aufwies (Rang 11), verbesserte seinen Wohlstand auf 16% über dem EU-Durchschnitt im Jahre 2005 und verbesserte damit seinen Rang auf Platz neun. Allerdings hat auch das BIP pro Kopf von EU-15 seit 1995 von 11% über dem Durchschnitt der erweiterten Union auf nur noch 9% im Jahr 2005 abgenommen. Die Schweiz hat im selben Zeitraum einen drastischen Rückgang ihres Wohlfahrtsvorsprungs erlebt. Diese Entwicklung spricht einem längerfristigen Trend und kann sicherlich nicht alleine der Nichtmitgliedschaft in der EU zugeschrieben werden (siehe Abbildung 1).

Entsprechend ihrem hohen Entwicklungsniveau ist die Wirtschaftsstruktur in allen drei Ländern stark auf Dienstleistungen ausgerichtet. Entsprechend ihrer Kleinstaatenposition ist der Öffnungsgrad für den Außenhandel größer (jeweils rund 35% Exportanteil am BIP) als im EU-Durchschnitt.

Makroökonomische Entwicklung unterschiedlich: Eine Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der drei neuen Mitgliedsstaaten der EU seit 1995 macht nur Sinn, wenn sie vor dem Hintergrund der allgemeinen Entwicklung der Weltwirtschaft und jener Europas gesehen wird. Daher werden die wichtigsten makroökonomischen Indikatoren Finnlands, Österreichs und Schwedens mit einer kleinen Referenzgruppe von Ländern verglichen, die mit der Integration der EU nichts zu tun hat (die USA und Japan) bzw. einem EFTA-Land, das noch weit vor einem EU-Beitritt steht (die Schweiz). Mit dem Vergleich der Entwicklung der drei Neuen mit jener des Durchschnitts von EU-15 erhält man zwar eine ungefähre Vorstellung, ob sich die Volkswirtschaften der drei Neuen besser oder schlechter entwickelt haben, echte Integrationseffekte kann man daraus noch nicht ableiten.

Um eine ungefähre Vorstellung davon zu bekommen, ob sich seit der EU-Mitgliedschaft die Wirtschaft der drei Länder fundamental anders entwickelt hat als zuvor, wird für einige Makrovariablen die Periode seither (1995-2004) jeweils mit einer Neunjahresperiode zuvor (1985-1994) verglichen. Damit werden zum einen Zufälligkeiten ausgeschaltet, da die Perioden jeweils rund zwei Konjunkturzyklen umfassen. Zum anderen wirken seit der Ostöffnung 1989 weitere wirtschaftliche Effekte auf alle Makrovariablen.

Aus Tabelle 2 ersieht man, dass sich die drei Länder seit 1995 ganz unterschiedlich entwickelten. Finnland und Schweden konnten ihr Wirtschaftswachstum (gemessen an der Veränderung des realen BIP) gegenüber der Dekade zuvor um 2,4% bzw. 1,4% steigern, während es in Österreich um 0,8% schrumpfte.

Tabelle 2: Makroökonomische Entwicklung seit dem EU-Beitritt

	BIP, real		BIP pro Kopf (KKS ^{**}) relativ zu EU-15=100		Inflation VPI ⁺		Budgetsaldo Gesamtstaat in % des BIP		Arbeitslosenquote in %	
	DW [*]	D [*]	DW [*]	D [*]	DW [*]	D [*]	DW [*]	D [*]	DW [*]	D [*]
Finnland	3,53	2,35	0,95	2,26	1,45	-2,87	1,69	0,95	11,01	3,35
Österreich	2,11	-0,78	-0,45	-0,77	1,53	-1,09	-1,96	1,44	4,11	0,73
Schweden	2,87	1,41	0,16	1,28	1,63	-3,95	0,25	2,32	7,05	3,04
EU-15	2,20	-0,21	-	0,00	1,95	-2,33	-2,19	2,27	8,74	-0,15
USA	3,33	0,34	0,32	0,48	2,46	-1,18	-1,63	2,90	5,07	-1,30
Japan	1,57	-1,91	-0,50	-1,48	-0,06	-1,65	-6,77	-6,81	4,39	1,93
Schweiz	1,24	-0,46	-1,37	-0,24	0,85	-2,16	-2,19	-	3,19	1,57

^{*}) DW = Durchschnittliches jährliches Wachstum in der Periode 1995-2004 in %; D = Differenz im durchschnittlichen Wachstum 10 Jahre nach dem EU-Beitritt (1995-2004) im Vergleich zu 10 Jahren zuvor (1985-1994); bei den Indikatoren Budgetsaldo und Arbeitslosenquote jeweils in Prozentpunkten.

^{**}) KKS = Kaufkraftstandards

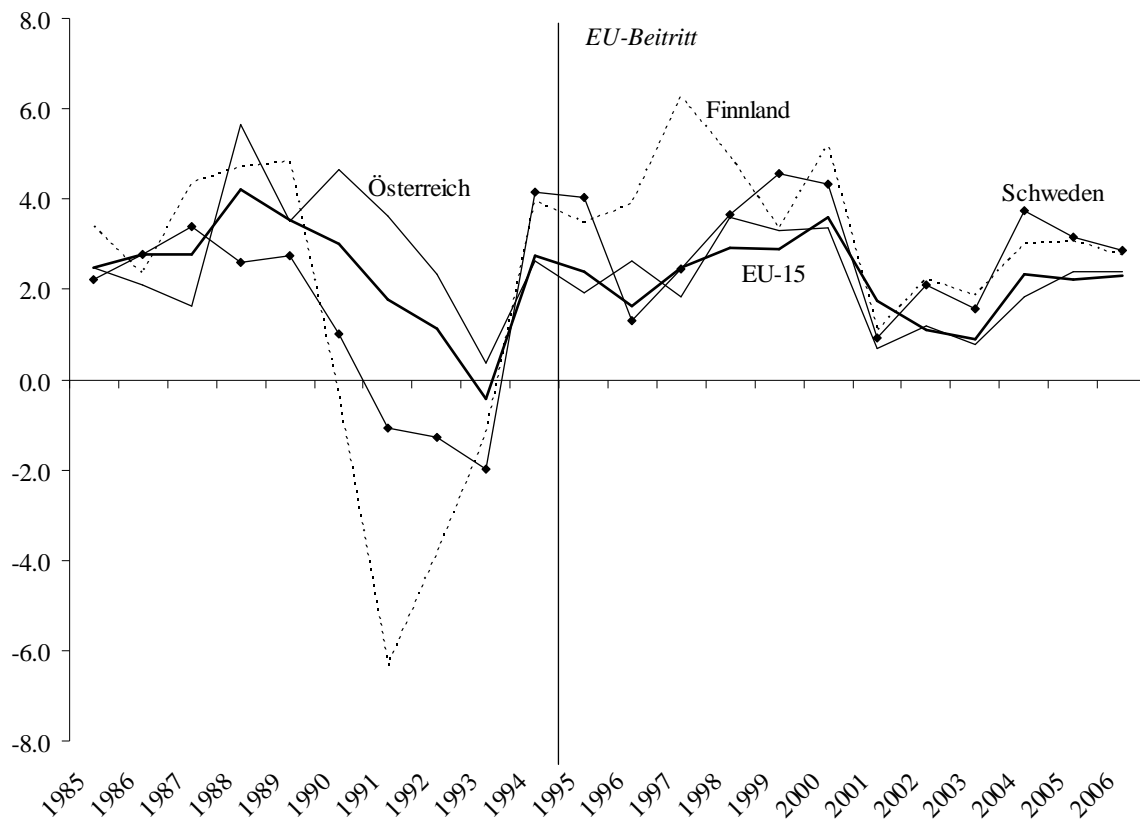
⁺) VPI = Verbraucherpreisindex und harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI bei EU-Mitgliedstaaten)

Quelle: Eigene Berechnungen, basierend auf Daten der AMECO-Datenbank der Europäischen Kommission.

Damit war die Entwicklung in Österreich auch schlechter als im Durchschnitt von EU-15 (-0,2%), in den beiden anderen Ländern aber erheblich besser. Mit Ausnahme Japans, war die Entwicklung des realen BIP in den herangezogenen Referenzländern besser als in Österreich. Zieht man als Maßstab die Entwicklung des BIP pro Kopf (zu KKS relativ zum Durchschnitt von EU-15) heran – ein Maßstab für die Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt -, so ergibt sich ein ähnliches, wenn auch akzentuierteres Bild. Das Muster der Veränderung in der Zehnjahresperiode nach dem EU-Beitritt gegenüber der Dekade zuvor war ähnlich wie im Falle der Entwicklung des realen BIP. Betrachtet man nur die Entwicklung seit dem EU-Beitritt, so konnte Finnland seine Position gegenüber dem EU-Durchschnitt deutlich steigern, Schweden etwas und Österreich hat – ähnlich wie Japan (!) – gegenüber dem EU-Durchschnitt Einbussen erlitten (siehe auch Abbildung 1). Die Schweiz hat ihre Wohlfahrtsposition gegenüber dem EU-Durchschnitt deutlich verschlechtert, während die USA den Vorsprung nur geringfügig ausbauen konnte.

Das hohe Wirtschaftswachstum in Finnland und Schweden nach dem EU-Beitritt ist aber nicht nur der EU-Mitgliedschaft zuzuschreiben. Beide Länder, Finnland wegen des Ausfalls des Russlandhandels nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Ostöffnung 1989 noch stärker als Schweden (Bankenkrise), haben Anfang der neunziger Jahre eine schwere Rezession erlitten. Nach teilweise schmerzlichen Reformschritten in beiden Ländern, konnten die Wirtschaften wieder expandieren. Es trat so etwas wie ein Nachholeffekt ein. In Österreich war der Konjunkturverlauf hingegen eher ruhiger und im Gleichklang mit jenem von EU-15. Nach dem Konjunkturabschwung 1993, der in Österreich weniger drastisch ausfiel als in den übrigen Ländern der EU, erholte sich die Wirtschaft wieder, ohne jedoch die Dynamik der beiden skandinavischen Länder zu erreichen (siehe Abbildung 2).

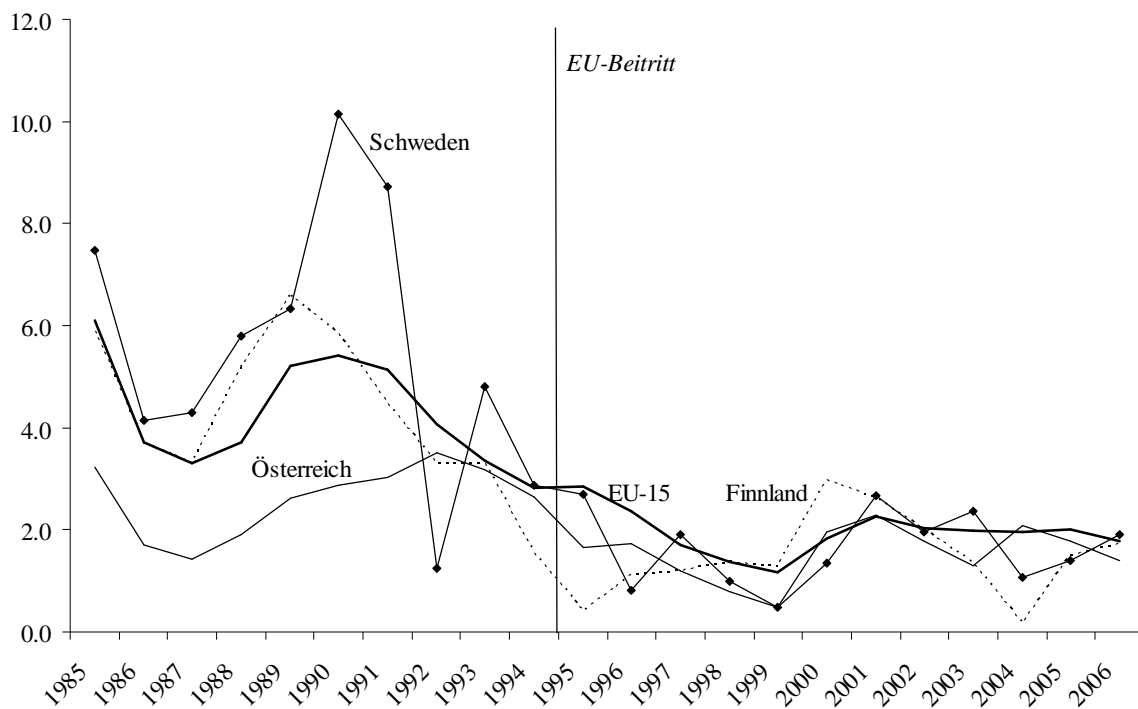
Abbildung 2: Wirtschaftswachstum vor und nach dem EU-Beitritt
(Reales BIP, Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der AMECO Datenbank der Europäischen Kommission

In allen in Tabelle 2 erfassten Ländern ist die Inflationsrate seit 1995 gegenüber der Dekade davor gesunken, am geringsten aber in Österreich (-1,1%). Der Inflationsrückgang war am ausgeprägtesten in Schweden (-4%), gefolgt von Finnland (-2,9%). In EU-15 verlangsamte sich der Inflationauftrieb um 2,3 Prozentpunkte. Wie aus der Entwicklung der Inflation in den drei Ländern hervorgeht (siehe Abbildung 3), erklärt sich die Verbesserung Schwedens und Finnlands vor allem durch die hohen Ausgangswerte an Inflation Anfang der neunziger Jahre. Dagegen war Österreich immer schon preisstabiler mit Inflationsraten unter dem EU-Durchschnitt. Insgesamt zeigt Abbildung 3 eine generelle Konvergenz in der Inflationsentwicklung in allen drei Ländern. Dass der Euro kein „Teuro“ ist, sieht man daran, dass die Inflationsrate in den beiden Euro-Ländern Finnland und Österreich seit 1995 im Durchschnitt niedriger war als in Schweden.

Abbildung 3: Inflationsentwicklung vor und nach dem EU-Beitritt
(Verbraucherpreisindizes, Veränderung gegen das Vorjahr in %)

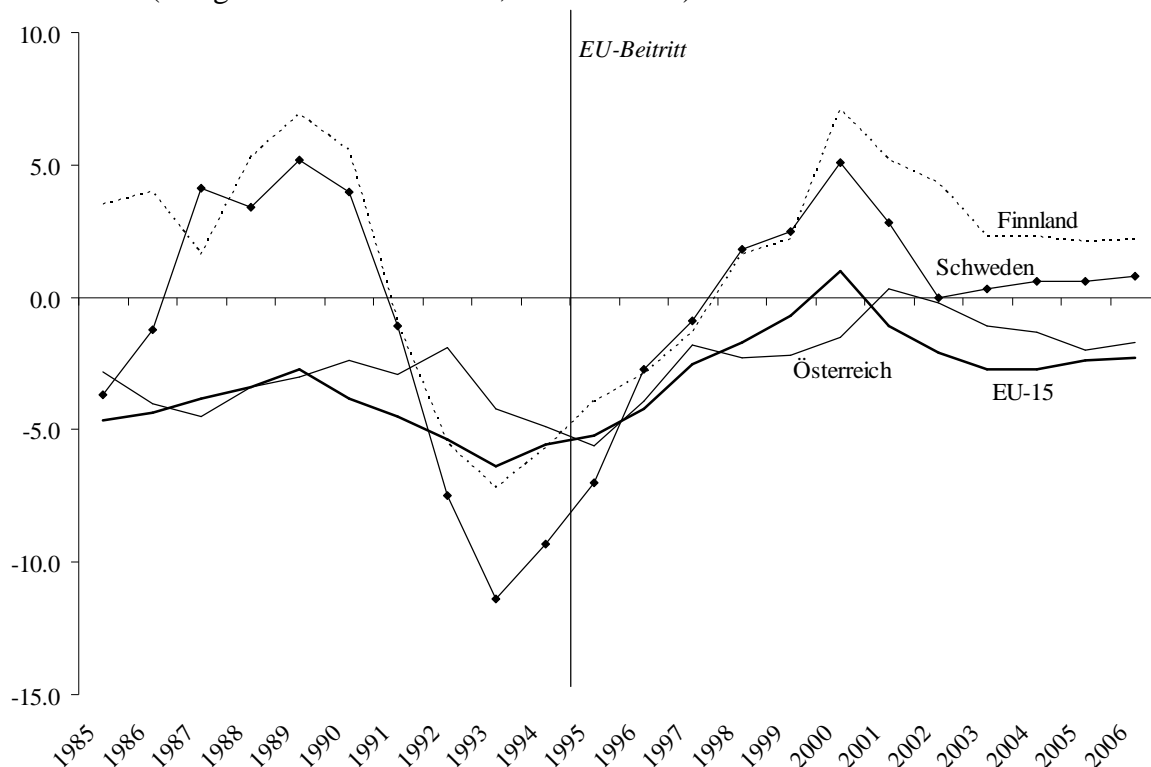


Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der AMECO Datenbank der Europäischen Kommission

In allen drei Ländern hat sich die Budgetposition verbessert, d.h. die Überschüsse des Staatshaushalts wurden größer (in Finnland) oder die Defizite wurden kleiner (in Österreich und Schweden). Die Verbesserung der Budgetposition war aber in allen drei Ländern weniger

ausgeprägt als im Durchschnitt der EU-15. Wie die längerfristige Entwicklung zeigt (siehe Abbildung 4), hat die schwere Rezession in Finnland und Schweden auch tiefe Spuren im Budget hinterlassen. Erst durch den Aufholprozess im Wirtschaftswachstum und der Reformschritte im sozialen Bereich haben sich die Budgetsalden beider Länder deutlich verbessert und weisen seit Ende der neunziger Jahre Überschüsse aus. Die Verbesserung der Budgetposition in Österreich seit Mitte der neunziger Jahre war nicht so sehr – wie in Finnland und Schweden – konjunkturbedingt, sondern eine notwendige Voraussetzung, um der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) gleich von Beginn an anzugehören (eines der Maastrichter Konvergenzkriterien).

Abbildung 4: Budgetentwicklung vor und nach dem EU-Beitritt
(Budgetsalden Gesamtstaat, in % des BIP)

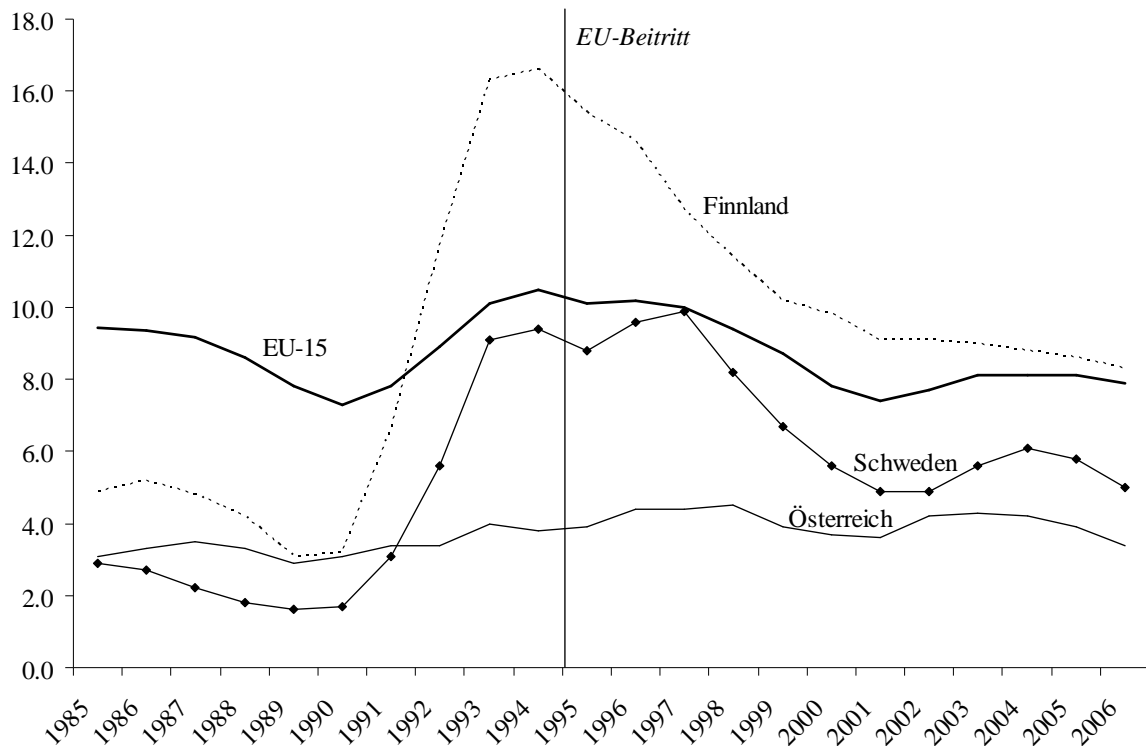


Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der AMECO Datenbank der Europäischen Kommission

Die Lage am Arbeitsmarkt war in Österreich schon seit Anfang der achtziger Jahre ruhiger als in den beiden skandinavischen Ländern. Die hohen Sprünge in der Arbeitslosenquote in Finnland und Schweden Anfang der neunziger Jahre waren wiederum Folge der schweren Rezession (siehe

Abbildung 5). Seither hat sich die Lage zwar verbessert, doch liegen die Arbeitslosenquoten immer noch höher als in Österreich. In allen drei Ländern ist die Arbeitslosigkeit angestiegen, in Österreich nur sehr leicht (siehe Tabelle 2). Im Durchschnitt der EU ist sie gesunken, ebenso wie in den USA.

Abbildung 5: Arbeitslosenquote: Entwicklung vor und nach dem EU-Beitritt
(in %)



Quelle: Eigene Darstellung mit Daten der AMECO Datenbank der Europäischen Kommission

Globale Wettbewerbsfähigkeit – Finnland und Schweden dominieren: Die drei Länder – obwohl sie alle reiche und hoch entwickelte Kleinstaaten sind - unterscheiden sich doch deutlich hinsichtlich der Industrie und Firmenstruktur. Während Finnland und Schweden über echte Multis verfügen, ist Österreichs Wirtschaftsstruktur dominiert von Klein- und Mittelbetrieben (KMUs). Laut Financial Times Deutschland (FT 500) war Schweden im Jahr 2003 mit 23 Firmen (Multis) unter den 500 größten Firmen Europas vertreten. Davon mit 10 Firmen unter den Top 200 (Hennes & Mauritz; Einzelhandel) auf Platz 71, TelioSonera (Telekommunikation) auf Platz 78, Nordera (Finanzdienstleister) auf Platz 82, Ericsson (IT Hardware) auf Platz 105 etc.).

Insgesamt waren fast alle Branchen vertreten. Finnland wird dominiert von einer großen Weltfirma, Nokia (Platz 9). Es folgen Stora Enso auf Platz 132, UPM-Kymmene (Papier) auf Platz 155 und Fortum (Öl und Gas) auf Platz 200. Insgesamt ist Finnland mit 9 Firmen unter den Top 500 in Europa vertreten. Österreich weist hingegen keine einzige Firma unter den ersten 200 auf. Auf Platz 211 folgt die Telekom Austria, auf Platz 242 die Erste Bank, auf Rang 318 die OMV und auf Rang 457 die EVN.

Die unterschiedliche Firmenstruktur spiegelt sich auch in der Einschätzung der globalen Wettbewerbsfähigkeit internationaler Manager, deren Ergebnisse jährlich vom World Economic Forum (WEF) im Global Competitiveness Report zusammenfasst werden. Nach dem jüngsten Bericht für 2004/05 liegt Finnland von 104 erfassten Ländern ebenso wie im Jahr 2003 an 1. Stelle beim Gesamtindex für Wettbewerbsfähigkeit/Wachstum (GCI), Schweden rangiert an 3. Stelle, Österreich nur an 17. Stelle (siehe Tabelle 1). Der GCI basiert auf drei Säulen, die nach der neuen Wachstumstheorie wichtige Erklärungsgründe für Wirtschaftswachstum sind: a) Makroökonomische Rahmenbedingungen (MEI), b) Qualität der öffentlichen Institutionen (PII) und c) Technologie oder technischer Fortschritt (TI). Österreich ist nur bei den Punkten a) und b) etwas besser gereiht, beim Punkt c) rangiert es nur am 22. Platz. Schweden ist am schlechtesten beim Indikator a) gereiht (17. Platz). Ein ähnliches Bild gibt die Reihung nach dem Business Competitiveness Index (BCI). Hier liegt Finnland an 2. Stelle, Schweden an 4. Stelle und Österreich am 16. Platz (siehe Tabelle 1).

Nicht zuletzt wegen der höheren Dichte an Multis liegt auch Schweden in der Forschungsleistung voran. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) beliefen sich im Jahr 2002 auf 4 ½% des BIP. In Finnland betragen diese Werte 3 ½% und in Österreich 2 ¼% des BIP in den Jahren 2003 bzw. 2004 (EU-15 rund 2%; siehe Abbildung 87).

3. Handelsparadox – Warum so wenig Handelsschaffung?

Theorie: Die Integration in einen bestehenden Handelsblock führt in der Regel zu mehr Handel (Handelsschaffung) und zu einer Umlenkung des Handels von den alten Handelspartnern zu den neuen, d.h. zu den Mitgliedstaaten der EU (Handelsumlenkung). Der EU-Beitritt der drei Neuen hatte im Wesentlichen zwei handelspolitische Implikationen: Zum einen mussten die Zölle an den Gemeinsamen Zolltarif (GZT) der EU angepasst werden. D.h. sie wurden in Österreich im Durchschnitt um rund fünf Prozentpunkte gesenkt, in Schweden stiegen sie um rund einen

Prozentpunkt und in Finnland blieben sie gleich, da sie bereits das Niveau des GZT der EU von 7,5% aufwiesen. Dadurch hat sich in Österreich für rund 25% Drittlandimporte (EU plus Rest-EFTA im Jahr 1995) eine Zollbegünstigung ergeben, im Falle Schwedens für rund 21% Drittlandimporte eine zusätzlich Zollbelastung. Multipliziert mit den Änderungen der Zollsätze sind diese Effekte gering: im Falle Österreichs 1 ¼% externe Handelsschaffung und im Falle Schwedens 0,2% Handelsumlenkung. Zum anderen bedeutete der Eintritt in den EU-Binnenmarkt der Wegfall der Grenzkontrollen (freier Warenverkehr) und damit eine Senkung der Handelskosten.

Alle Berechnungen, sowohl mit Gravitationsmodellen als auch Simulationen mit numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen, führen zu langfristig erheblichen handelsschaffenden Effekten eines EU-Beitritts. Egger (2004) findet mit einem Gravitationsansatz, dass der EU-Beitritt (erfasst durch eine Dummy-Variable) zu einem zusätzlich Intra-EU-Handelsvolumen von 4% beiträgt (im Falle der NAFTA findet er sogar einen handelsschaffenden Effekt von 15%). Badinger/Breuss (2004a) schätzen – ebenfalls mit einem Gravitationsansatz –, dass der Zollabbau in Europa zu rund ¼ zum raschen Wachstum des Intra-EU-Handels beigetragen hat. Eigene Simulationen mit einem numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell (GTAP5-Modell mit 8 Regionen: Österreich, Finnland, Schweden, Rest-EU, USA, MOEL, GUS, übrige Länder; 10 Sektoren und 5 Produktionsfaktoren) ließen ebenfalls durch den EU-Beitritt der drei Länder Österreich, Finnland und Schweden (unter der Annahme, dass durch den Beitritt zum Binnenmarkt die Handelskosten um 2,5% sinken) starke handelsschaffende Effekte im bilateralen Handel mit Rest-EU und vice versa im Ausmaß zwischen 5% und 8% erwarten. Die handelsschaffenden Effekte der drei Länder untereinander fallen mit 2% bis 3 ½% geringer aus. Handelsumlenkende Effekte (Rückgänge von Exporten und Importen) gibt es gegenüber allen Drittstaaten, am stärksten zwischen den drei Ländern und den Drittstaaten, relativ schwach nur zwischen der Rest-EU und den Drittstaaten (USA, MOEL, GUS, übrige Länder). Die GTAP-Simulationen ergeben auch, dass durch den Wegfall der Handelskosten im Ausmaß von 2,5% die Wohlfahrt in allen drei Ländern um rund ½% und das reale BIP um rund 1/10 Prozentpunkt steigen müsste.

Realität: Der Vergleich der Handelsentwicklung der drei Länder neun Jahre nach dem EU-Beitritt mit jener neun Jahre vor dem Beitritt zeigt folgendes Ergebnis (Tabelle 3). Entgegen der theoretischen Erwartung sind die Handelsanteile mit der EU gesunken (eine Ausnahme machen

die Importanteile Schwedens mit der EU). Wie die durchschnittlichen Handelsanteile der drei Staaten mit der EU in der Periode 1995-2003 zeigen (siehe Tabelle 1), ist Österreich mit 62% auf der Exportseite und 68% auf der Importseite handelspolitisch in den EU-Binnenmarkt stärker integriert als die beiden anderen Länder (Finnland export- und importseitig rund 55%; Schweden exportseitig 55%, importseitig 66%). Etwas weniger geschrumpft sind die Handelsanteile mit den Rest-EFTA-Staaten (Ausnahme wiederum Schweden auf der Importseite). Einen starken Handelszuwachs gab es mit den ehemaligen Oststaaten (MOEL und GUS), insbesondere mit den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten. Davon profitierte besonders Österreich. Interessanterweise nahmen die Handelsanteile gegenüber den Drittstaaten (NAFTA und übrige Länder) zu und nicht – wie theoretisch erwartet – ab.

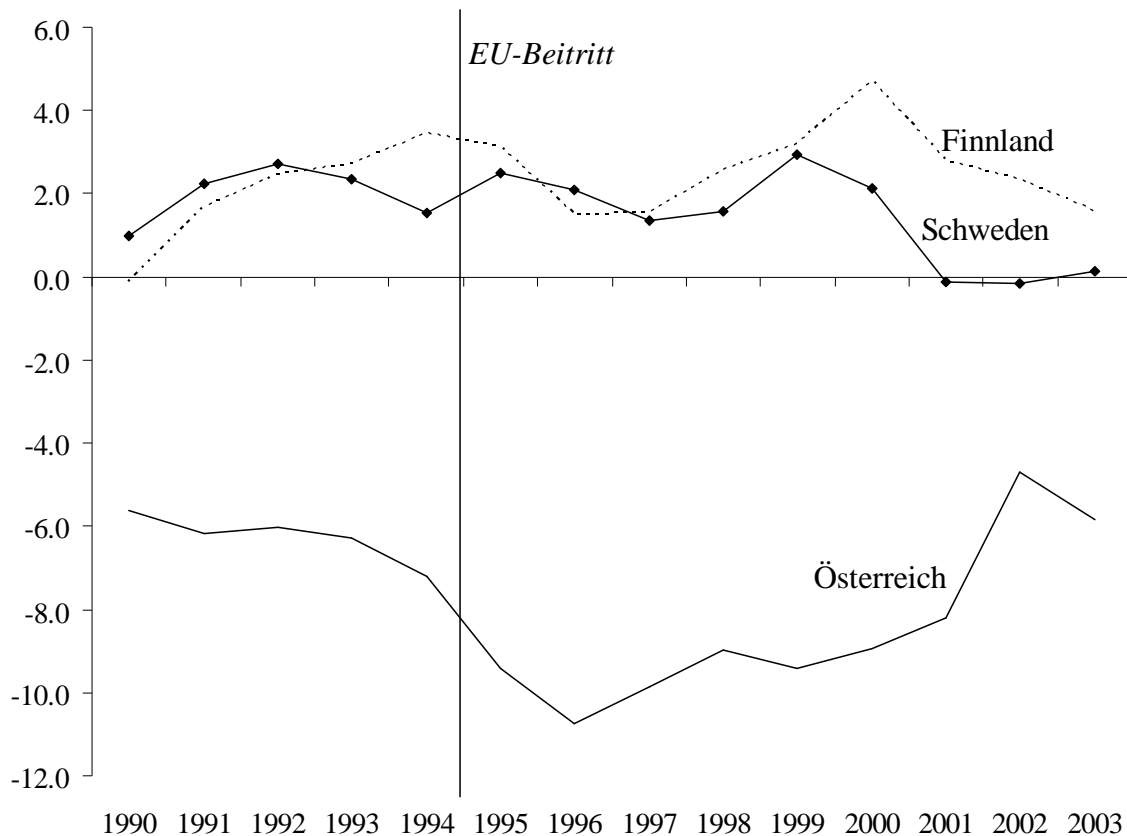
Tabelle 3: Mehr Handelsumlenkung als Handelsschaffung
(Veränderung zwischen 1986/1994 und 1995/2003)

Exporteure/ Importeure		Exportanteile Prozentpunkte	Importanteile Prozentpunkte	Handelsbilanz Mil.. USD
	mit		EU-14	
Finnland		-6,21	-3,02	3942,7
Österreich		-4,53	-1,95	-841,2
Schweden		-5,27	2,13	453,3
	mit		MOEL-10 und GUS (10 Neue EU-Mitglieder)	
Finnland		0,29 (4,58)	0,67 (2,36)	1099,4 (1380,1)
Österreich		-7,36 (5,93)	4,83 (4,44)	1091,4 (1301,2)
Schweden		2,99 (2,42)	2,18 (2,64)	1091,4 (363,3)
	mit		EFTA-4	
Finnland		-1,25	-0,23	42,7
Österreich		-1,26	-0,99	856,2
Schweden		-1,28	1,06	211,4
	mit		NAFTA	
Finnland		1,64	0,45	1305,7
Österreich		1,04	1,14	80,6
Schweden		0,15	-2,74	3863,0
	mit		Übrige Länder	
Finnland		5,53	2,13	-15363,7
Österreich		-0,90	-3,03	1439,7
Schweden		3,41	-2,63	6151,7

MOEL = Mittel- und osteuropäische Länder; GUS = Gemeinschaft unabhängiger Staaten.

Quelle: Eigene Berechnungen, basierend auf Daten der OECD: FTMS – Monthly Statistics of Foreign (International) Trade. Wifo-Datenbank.

Abbildung 6: Entwicklung der Handelsbilanzen mit der EU: Finnland, Österreich und Schweden, 1990-2003 (Mrd. ECU/Euro)

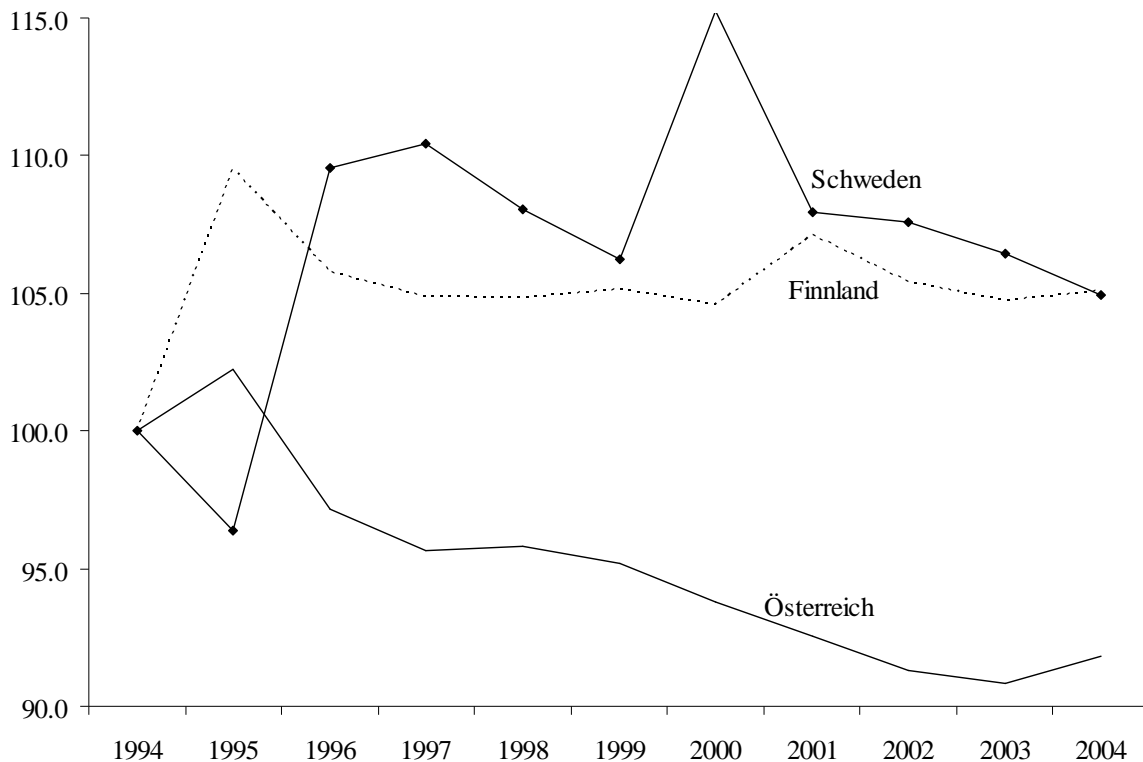


Quelle: Eurostat (homepage).

Als Ergebnis dieser Trends verbesserte sich die Handelsbilanz mit der EU (gemessen in Mill. USD), während sie sich in Österreich verschlechterte. Gegenüber allen anderen Regionen verbesserten sich die Handelsbilanzen seit 1995, verglichen mit dem Jahrzehnt zuvor (eine Ausnahme macht Finnlands Handelsbilanz mit den „übrigen Ländern“; siehe Tabelle 3). Trotzdem zeigt sich im Falle Österreichs – nach einer Verschlechterung kurz nach dem EU-Beitritt – eine stetige Verbesserung der Handelsbilanzposition vis à vis der EU seit 1998 (siehe Abbildung 6). Nach einer Stagnation kurz nach dem EU-Beitritt verschlechterten sich dagegen die Handelsbilanzen Finnlands und Schwedens seit 2000/2001. Allerdings waren die Handelsbilanzen mit der EU sowohl in Finnland als auch in Schweden immer im Überschuss, während sie im Falle Österreichs immer noch im Defizit ist.

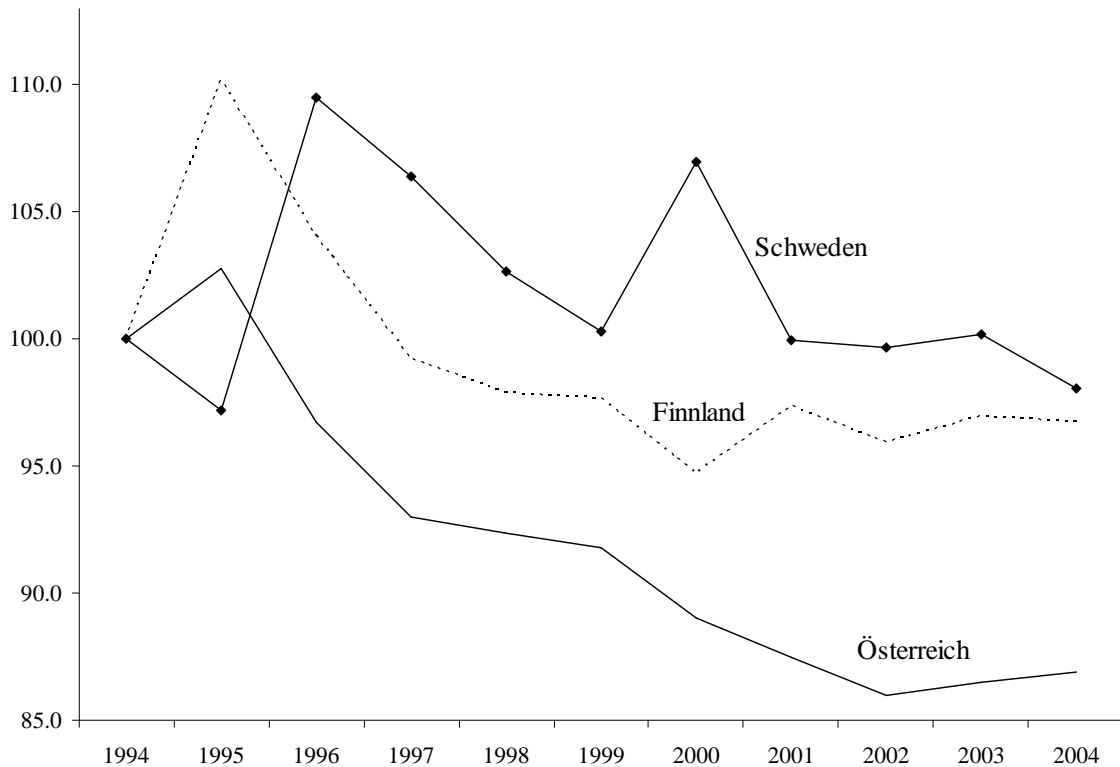
Eine Erklärung für dieses Handelsparadoxon ist nicht leicht zu finden. Die drei Länder waren natürlich über die Freihandelsabkommen von 1973 und die Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) handelspolitisch bereits so stark integriert, dass eine Steigerung nur schwer möglich war. Zudem dürften die Effekte des Wegfalls der Grenzkontrollen viel geringer gewesen sein als angenommen. Weiters hat die Ostöffnung – unterstützt durch den asymmetrischen Zollabbau der Europaabkommen EU-MOEL - neue „emerging markets“ in der Nachbarschaft geschaffen, deren großer Nachholbedarf einen stärkeren handelsschaffenden Effekt hatte als die EU. Zudem dürfte die sehr abgeschwächte Wirtschaftsentwicklung in der übrigen EU die Nachfrage nach Importen aus den drei Mitgliedstaaten – Finnland, Österreich und Schweden – gedämpft haben. D.h. es könnte der Einkommenseffekt stärker dämpfend gewirkt haben, als der üblicherweise in der Theorie im Vordergrund stehende relative Preiseffekt (durch Wegfall der Grenzkontrollen).

Abbildung 7a: Realer effektiver Wechselkurs vis à vis Eurozone-Mitglieder, 1994-2004
(Relative Lohnstückkosten in einheitlicher Währung; Index, 1994=100)



Quelle: Price and Cost Competitiveness, Europäische Kommission, September 2004.

Abbildung 7b: Realer effektiver Wechselkurs vis à vis EU-24-Mitglieder, 1994-2004
(Relative Lohnstückkosten in einheitlicher Währung; Index, 1994=100)



Quelle: Price and Cost Competitiveness, Europäische Kommission, September 2004.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit – gemessen am realen effektiven Wechselkurs (relative Lohnstückkosten in einheitlicher Währung) – hat sich in den drei Ländern ganz unterschiedlich entwickelt. Innerhalb der Eurozone (siehe Abbildung 7a) hat Österreich seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit seit 1994 um rund acht Prozentpunkte verbessert (übrigens ähnlich wie Deutschland), während Finnland und auch Schweden ihre Position um rund fünf Prozentpunkte verschlechtert haben (siehe auch EU, 2004a, S. 81). Dabei hat sich die Verschlechterung in Finnland seit Beginn der Wirtschafts- und Währungsunion im Jahre 1999 nicht mehr verändert, während sich jene Schwedens weiter relativ verschlechtert hat.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die preisliche Wettbewerbsfähigkeit innerhalb von EU-25 betrachtet. Österreich hat hier seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit seit 1994 sogar um 13 Prozentpunkte verbessert, Finnland nur um drei und Schweden um zwei Prozentpunkte (siehe Abbildung 7b). Diese Entwicklung könnte teilweise erklären, warum die Rückgänge der

Exportanteile im Handel mit der EU in Österreich relativ am geringsten ausgefallen sind (siehe Tabelle 3).

4. Das Leben im Binnenmarkt – durchschlagende Wettbewerbseffekte?

Umsetzungs- und Akzeptanzprobleme: Das Ziel, einen „Gemeinsamen Markt“ zu schaffen, ist bereits im EWG-Vertrag von 1957 in Art. 2 festgeschrieben. Tatsächlich wurde der Binnenmarkt erst per 1. Jänner 1993 verwirklicht. Die Eckpfeiler des Binnenmarktprogramms sind die Verwirklichung der „vier Freiheiten“: freier Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie die Freizügigkeit der Arbeitskräfte¹. Generell basiert das Binnenmarktprogramm auf dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Industrienormen und –standards. Abgesichert wird das Funktionieren des Binnenmarktes durch ein einheitliches Wettbewerbsrecht. Im Laufe der Zeit sind zudem viele Bereiche, die vormals unter staatlichem Einfluss standen (öffentliche Versorgungsbetriebe wie Telekom, Energie – Strom und Gas, Bahn, Post etc.; Näheres dazu, siehe Breuss, 2003a, S. 540.) privatisiert worden. Dazu war eine umfangreiche Anpassung von EU-Gesetzen notwendig. 1530 Richtlinien und 377 Verordnungen betreffen derzeit den Binnenmarkt, wie er im EG-Vertrag definiert ist. Deren Umsetzung in nationales Recht hat viel Zeit in Anspruch genommen und wurde erst allmählich verwirklicht. War am Beginn noch ein Umsetzungsdefizit von EU-Recht von 21,4% vorhanden, so ist es innerhalb von 10 Jahren Binnenmarkt kontinuierlich auf 2,1% gesunken (EU, 2002a, S. 5-7). 2003 gab es in der EU-15 wieder einen Anstieg auf 2,9% (für die EU-25 waren es im November 2004 3,6%). Das ist weit entfernt vom selbst gesteckten Ziel auf immer wiederkehrenden Tagungen des Europäischen Rates (siehe EU, 2005a, S. 17). Schweden hatte ein Defizit von 2%, Österreich und Finnland jeweils von 2,1%. Obwohl Finnland und Schweden bereits das Zwischenziel von 1,5% erreicht hatten, ist das Umsetzungsdefizit (besonders in Finnland) wieder angewachsen. Wenn EU-Richtlinien unvollständig in nationales Recht umgesetzt werden, sieht sich die Europäische

¹ Alle hier behandelten Länder sind dem Schengen-Abkommen beigetreten, das die (Pass)-freie Bewegung von Personen ermöglicht, den Abbau von Grenzkontrollen und die Verstärkung der Kontrollen an den Eu-Außengrenzen vorsieht. Mit der Integration in den Amsterdamer Vertrag (in Kraft seit 1. Mai 1999) ist das Schengen-Abkommen Teil des EU-Primärrechtes geworden. Finnland und Schweden sind am 25. März 2001 – zusammen mit den anderen skandinavischen Ländern (Norwegen und Island als assoziierte Mitglieder) dem Schengen-Abkommen beigetreten. Dadurch war es dem Nordischen Rat (er besteht aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden), der heuer das 50-Jahr-Jubiläum feiert, möglich, die Passunion aufrecht zu erhalten. In Österreich trat das Schengen-Abkommen am 8. April 1995 in Kraft, wobei die Grenzkontrollen in zwei Schritten – am 1. Dezember 1997 und am 1. April 1998 – beseitigt wurden.

Kommission veranlasst, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Die Gesamtzahl dieser Verfahren blieb mit zuletzt über 1014 offenen Fällen (Stand Oktober 2004) in der EU-15 überaus hoch. In Österreich gibt es 58, in Finnland 32 und in Schweden nur 31 (siehe EU, 2005a, S. 21). Seit 2001 publiziert die Europäische Kommission einen „Binnenmarktindex“ (Internal Market Index oder BMI), der das Funktionieren des Binnenmarktes in einer Maßzahl ausdrücken soll. Insgesamt ist der BMI in den drei Neuen viel rascher gestiegen als im EU-Durchschnitt (Näheres, siehe Breuss, 2003a, S. 539-540).

Hinsichtlich der *Zustimmung zur EU* bzw. der Einschätzung der Vorteile aus der EU-Mitgliedschaft gibt es in den drei Ländern deutliche Unterschiede. Traditionell war und ist die Skepsis gegenüber der EU in Schweden immer noch am größten, was sich nicht zuletzt in einer Nichtteilnahme an der WWU spiegelt. Laut den Ergebnissen der Befragungen im Eurobarometer (Eurobarometer, Nr. 63, Juli 2005) heißt dies folgendes: Auf die Frage, ob die EU-Mitgliedschaft eine gute oder schlechte Sache sei, sagen nur noch 37% der ÖsterreicherInnen (zuvor waren es noch 46%), dass es eine gute Sache sei (23% meinen, dass es eine schlechte Sache wäre; 37% sind unentschieden). Damit hat Österreich in der negativen Einschätzung der EU sogar noch das traditionell skeptische Schweden überholt. In Finnland ist das Verhältnis 45% zu 18% (35% unentschieden) und in Schweden 44% zu 28% (27% unentschieden). Von der EU-Mitgliedschaft glauben nur noch 41% der ÖsterreicherInnen (zuvor waren es noch 43%) zu profitieren bzw. Vorteile zu haben, 46% glauben dies nicht. In Finnland ist das Verhältnis mit 50% zu 43% günstiger: In Schweden sieht die Bevölkerung viel mehr Nachteile (36%) als Vorteile (50%) durch die EU-Mitgliedschaft. Diese Einschätzungen liegen stark unter dem Durchschnitt von EU-25: hier glauben, 55% von der EU-Mitgliedschaft profitiert zu haben, 33% finden das nicht.

10 Jahre Binnenmarkt und enttäuschende Erfüllung der Lissabon-Ziele: Die Europäische Union hat bereits mehr als 10 Jahre Erfahrung mit dem Binnenmarkt. Die erwarteten großen Wachstumsimpulse sind aber nur in bescheidenem Ausmaß eingetreten (siehe dazu Näheres in Breuss, 2003b, S. 389-398). Gerade im Bereich der Dienstleistungen kann man noch nicht von einer Vollendung des Binnenmarktes sprechen. Die Dienstleistungsmärkte sind immer noch stark fragmentiert. Daher hat die Europäische Kommission Anfang 2004 einen Vorschlag für eine Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt (EU, 2004b) gemacht. Nach Protesten prominenter Politiker von Frankreich und Deutschland musste die Kommission den

Richtlinienentwurf zur „Reparatur“ zurückziehen. Zahlreiche Studien belegen, dass eine Verwirklichung des Dienstleistungsbinnenmarktes zu einer Steigerung des Intra-EU-Handels und zu mehr Wachstums und Beschäftigung in der EU beitragen würde (siehe Copenhagen Economics, 2005; Kox et al., 2004a, 2004b; siehe hierzu auch Breuss-Badinger, 2005).

Zur Beschleunigung der Binnenmarktfortschritte hat sich die Union auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Lissabon am 23.-24. März 2000 ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt²: *„das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“*. Ein nüchterner mid-term Review von Kok (2004), aber auch von der Europäischen Kommission (siehe ihre neue Lissabon-Strategie homepage „Wachstum und Beschäftigung“:

http://europa.eu.int/growthandjobs/index_de.htm) zeigt, dass die hehren Ziele weder im Bereich des Wirtschaftswachstums (Ziel, jährliches BIP-Wachstum von 3%), noch bezüglich der Beschäftigung und auch nicht in der Erreichung des Zieles, die Ausgaben für F&E auf 3% des BIP heranzuführen, erreicht wurden. Die USA sind in fast allen 14 Kriterien besser als die EU. Daher hat die neue Kommission unter Präsident José Manuel Barroso am 2. Februar 2005 einen Neustart der Lissabon-Strategie initiiert, der vom im März 2005 vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament unterstützt wurde (siehe EU, 2005b sowie Breuss, 2005a).

Hat die EU-Mitgliedschaft mehr Wettbewerbsdruck erzeugt? Badinger/Breuss (2004b) haben diese Frage mit einer detaillierten sektoralen Analyse für Österreich (46 Sektoren zwischen 1978 und 2001) untersucht. Dabei wurde getestet, ob seit dem EU-Beitritt die markups (ein Maß für die Marktmacht) durch den schärferen Wettbewerb im Binnenmarkt gesunken sind. Das Ergebnis ist gemischt. Nur in drei von sechs untersuchten Industriegruppen (Bergbau; Einzel- und Großhandel sowie Finanzdienste und Immobilien) sank die Marktmacht signifikant. Von den 19 Branchen, bei denen nach dem EU-Beitritt ein Bruch im Wettbewerbsverhalten gefunden wurde, sanken die markups in 5 Branchen, in neun stiegen sie; der Rest war statistisch nicht signifikant.

² Die Europäische Kommission führt eine eigene Webseite zur Lissabon-Strategie: http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/group/index_de.html

Insgesamt ist das Ergebnis ernüchternd. Eine Interpretation könnte sein, dass der große Wettbewerbsdruck durch die Teilnahme am Binnenmarkt ausgeblieben ist, weil Österreich durch die starke Außenhandelsverflechtung mit der EU im Zuge der Freihandelsabkommen und des EWR ohnehin bereits voll dem europäischen Wettbewerb ausgesetzt war. Lediglich jene Branchen (Sektoren), die zuvor geschützt waren, sind durch den Binnenmarkt stärker unter Druck gekommen. Ähnlich gemischte Ergebnisse erhält Badinger (2004) für 10 EU-Mitgliedstaaten und 17 Sektoren.

5. Große Änderungen in der Wirtschaftspolitik – mit oder ohne Euro

Gemeinsamkeiten: Die Europäische Union basiert auf einer komplizierten Kompetenzverteilung zwischen EU- oder Gemeinschaftsebene und nationalstaatlicher Ebene (siehe Breuss, 2002). Viele Politikbereiche sind bereits vergemeinschaftet. Dazu zählen die Wettbewerbspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), die Gemeinsame Handelspolitik sowie die Struktur- oder Regionalpolitik. Laut dem „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (VVE), dessen Ratifikation noch aussteht, ist die Kompetenzverteilung zwischen Union und Mitgliedstaaten in Teil 1: Titel III (Zuständigkeiten der Union) geregelt. Danach gibt es sechs Arten von Zuständigkeiten: (1) Bereiche ausschließlicher Zuständigkeit (der Union), (2) Bereiche mit geteilter Zuständigkeit, (3) Die Koordinierung der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, (4) Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, (5) Unterstützungs-, Koordinierungs- und Ergänzungsmaßnahmen und (5) Eine Flexibilitätsklausel.

Neben dem einheitlichen Wettbewerbsrecht, der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), der Strukturpolitik und deren Verknüpfungen mit dem EU-Haushalt ist es vor allem die Einbindung (Koordinierung) der Wirtschaftspolitik, die eine große Änderung bei neuen Mitgliedern der EU verursacht (Näheres zu den einzelnen wirtschaftspolitischen Bereichen, siehe Breuss, 2003a, S. 541-545).

Tabelle 4: Beziehungen zum EU-Haushalt: Finnland, Österreich und Schweden
(Mill. Euro)

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Eigenmittel¹⁾									
Finnland	887,4	964,0	1061,9	1145,8	1210,7	1225,6	1233,1	1184,6	1337,9
Österreich	1762,9	1874,0	2110,4	2085,8	2053,7	2093,6	2091,0	1808,7	1935,9
Schweden	1658,3	1969,0	2326,0	2382,7	2348,8	2632,9	2337,8	2086,1	2501,3
Operative Ausgaben – gesamt²⁾									
Finnland	753,4	1052,0	1118,0	975,1	936,4	1396,3	1020,1	1202,5	1346,6
Österreich	902,3	1660,5	1386,8	1329,5	1242,0	1398,4	1403,3	1553,6	1576,7
Schweden	760,7	1312,5	1196,6	1343,7	1164,6	1214,5	1092,9	1245,3	1454,4
Gemeinsame Agrarpolitik (GAP): EAGFL-Abteilung Garantie:									
Finnland	63,3	649,2	570,6	576,4	560,0	727,8	815,8	838,8	876,1
Österreich	87,5	1214,1	861,3	843,2	844,4	1018,7	1052,6	1092,1	1128,1
Schweden	76,5	624,1	747,0	770,9	734,8	798,1	780,1	817,6	866,5
Strukturpolitische Maßnahmen:									
Finnland	173,8	155,9	379,9	256,8	252,7	542,6	83,6	222,7	327,9
Österreich	175,1	270,6	364,0	340,7	296,3	260,8	206,4	185,9	300,5
Schweden	125,6	132,7	230,6	375,8	287,4	232,2	135,6	237,9	395,7
Netto: Operativer Haushaltssaldo³⁾									
Finnland	-70,6	72,6	39,8	-102,4	-194,8	274,5	-150,4	-4,1	-20,7
Österreich	-788,0	-264,5	-779,8	-629,2	-628,8	-447,8	-536,4	-223,5	-336,2
Schweden	-673,6	-587,9	-1097,7	-779,9	-897,3	-1059,5	-973,3	-743,4	-950,4
<i>in % des BIP</i>									
Finnland	-0,08	0,08	0,04	-0,09	-0,17	0,22	-0,11	0,00	-0,01
Österreich	-0,44	-0,15	-0,43	-0,34	-0,32	-0,22	-0,26	-0,10	-0,15
Schweden	-0,38	-0,30	-0,54	-0,37	-0,40	-0,44	-0,42	-0,29	-0,36

1) Eigenmittel (Zahlungen an den EU-Haushalt) bestehen aus:

- a) Traditionellen Eigenmitteln = Zölle, Agrarabschöpfungen, Zuckerabgaben, Erhebungskosten;
- b) MWSt-Eigenmittel;
- c) BSP-Eigenmittel.

2) Hier werden nur die beiden wichtigsten Ausgaben (GAP, Strukturmittel) ausgewiesen. Daneben gibt es noch Ausgaben für interne Politikbereiche und Verwaltungsausgaben.

3) Positives Vorzeichen = Netto-Empfänger, negatives Vorzeichen = Netto-Zahler.

Quellen: Aufteilung der operativen EU-Ausgaben 2001, 2002 und 2003 nach Mitgliedstaaten, Europäische Kommission, Brüssel, September 2002, 2003 und 2004.

Die Mitgliedstaaten der EU sind auf vielfältige Weise in die Haushaltspolitik der EU eingebunden (siehe Tabelle 4). Dazu gehören die Entrichtung von Eigenmitteln und die Auszahlung von Transfers aus dem EU-Haushalt für die GAP und die Strukturpolitik. Alle drei Länder waren im Jahr des Beitritts Netto-Zahler in den EU-Haushalt: Finnland, -0,08% des BIP, Österreich -0,44% und Schweden -0,38%. Während es Finnland gelang, im Durchschnitt eine ausgeglichene Position vis à vis dem EU-Haushalt zu erzielen, blieben Österreich und Schweden Netto-Zahler. Allerdings hat sich im Laufe der Zeit die Nettozahlerposition Österreichs verringert

(bis auf -0,15% im Jahr 2003), während jene Schwedens bei rund 0,4% des BIP gleich geblieben ist. Österreich hat gerade im Bereich der GAP durch die Inanspruchnahme von Mitteln für die „Entwicklung des ländlichen Raumes“ zunehmend mehr Mittel aus dem EU-Haushalt bekommen. Österreich liegt bei der Inanspruchnahme der Mittel für die „Entwicklung des ländlichen Raumes“ nach Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien absolut an vierter Stelle.

Unterschiede – Flexible Integration: Zwei mit, ein Land ohne den Euro: Von den drei neuen Mitgliedern nehmen nur Finnland und Österreich an der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) seit Beginn der dritten Stufe am 1. Jänner 1999 teil und zahlen mit dem Euro seit 2002. Schweden nahm aus politischen Überlegungen und auch basierend auf dem Argument, dass der schwedische Konjunkturzyklus stärker mit Großbritannien und den USA korreliert als mit dem Rest von EU-Europa, nicht an der WWU teil (siehe Calmfors et al., 1997). In einer Volksabstimmung am 14. September 2003 lehnten 56,1% der SchwedInnen die Einführung des Euro ab. Formale Voraussetzung für den Eintritt in die WWU ist die Erfüllung der Konvergenzkriterien, wie sie der Vertrag von Maastricht festlegte.

Zwar betrachten die Mitgliedstaaten die Wirtschaftspolitik laut Art. 99 EG-Vertrag „als eine Angelegenheit von gemeinsamem Interesse und koordinieren sie im Rat“, dennoch gilt die strikte Einbindung in die asymmetrische wirtschaftspolitische Architektur (zentrale Geldpolitik für die Teilnehmer an der Eurozone und dezentrale Fiskalpolitik, aber koordiniert durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt - SWP) im wesentlichen nur für die Teilnehmer der Eurozone (für eine ausführliche Beschreibung der EU-Wirtschaftspolitik, siehe Breuss, 2002a, 2005b). Die spezielle wirtschaftspolitische Architektur der EU wird vielfach als wachstumshemmend angesehen weil sowohl der SWP als auch die EZB-Geldpolitik in einer Phase der Wachstumsverlangsamung (oder Rezession) – gerade für die großen Kernländer der EU - zu restriktiv wirkt.

Gibt es eine Euro-Dividende? Jüngste Schätzungen bejahen diese Frage.

Micco/Stein/Ordonez (2003) schätzen, dass der bilaterale Handel der 12 Euroländer um 4% bis 10% höher war als er es ohne Euro gewesen wäre. Gemäß den Schätzungen von Faruquee (2004) hat Finnland durch die Teilnahme an der Eurozone leicht an Intra-Zonenhandel verloren (auch Portugal), während Österreich um etwa 8% gewonnen haben müsste (Eurozonen-

Durchschnitt +7%). Am meisten hätten demnach Deutschland, die Niederlande und Spanien an Intra-Eurozonenhandel gewonnen. Angesichts der gemessenen Rückgänge der Handelsanteile mit der EU seit 1995 müssen diese optimistischen Ergebnisse mit Vorsicht genossen werden.

6. Welche Integrationseffekte?

6.1 Von der Schwierigkeit, Integrationseffekte zu isolieren

Die europäische Integration spielt sich nicht eindimensional und im luftleeren Raum ab. Während die EU-Integration immer weiter schreitet und mit der Schaffung der WWU mit der Einheitswährung Euro einen hohen ökonomischen Reifegrad erreicht hat, geht die Erweiterung munter weiter. Am 1. Mai 2004 hat sich die EU um 10 neue Mitglieder – vorwiegend aus Mittel- und Osteuropa - auf EU-25 erweitert. Im Jahr 2007 werden Bulgarien und Rumänien in der EU sein. Es könnten dann die restlichen Balkanstaaten (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien-Montenegro) folgen. Seitens Kroatiens und Mazedoniens gibt es bereits Beitrittsanträge. 2005 werden mit der Türkei Beitrittsverhandlungen aufgenommen. Damit muss mit dem Erweiterungsprozess der EU noch nicht Schluss sein. Vielleicht werden noch einige Staaten des „Ring of Friends“, also jene 16 Staaten, die derzeit von der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) in Wartestellung gehalten werden, der EU beitreten. Dieses komplexe Geschehen im Zeitablauf macht es schwierig, Integrationseffekte für einzelne Mitgliedstaaten der EU „herauszurechnen“.

In der Zeit seit dem EU-Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens sind folgende Entwicklungen innerhalb und außerhalb der EU abgelaufen. Die alten EU-Mitglieder haben 1993 den Binnenmarkt geschaffen, dessen vollständige Umsetzung seither schrittweise erfolgt. 1994 haben die drei Länder am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) teilgenommen. Im Jahr 1998 erfolgte die Prüfung der Teilnahmefähigkeit der EU-Mitgliedstaaten für die kommende WWU (Erfüllung der Konvergenzkriterien), die zu einer Harmonisierung der Zinspolitik und einer generellen Anstrengung zur Reduktion der Budgetdefizite zwang, was mit nicht unerheblichen Auswirkungen auf den realen Sektor der Volkswirtschaften verbunden war. 1999 startete die WWU mit 11 EU-Mitgliedstaaten, Griechenland folgte im Jahr 2001. Außerhalb der EU hat sich seit der Ostöffnung 1989 der Handel zwischen EU und den MOEL stark intensiviert – vorrangig in Staaten wie Finnland und Österreich, die bereits vorher enge Handelsbeziehungen mit den MOEL hatten. Die handelspolitischen Integrationseffekte durch den EU-Beitritt haben sich somit

in den drei Neuen mit einer starken Zunahme der Handelsaktivität mit den MOEL überlagert. Zudem hat jeweils auch der weltweite Konjunkturzyklus die Entwicklung in der EU beeinflusst. Gerade am Beginn des Binnenmarktes, 1993, gab es eine Rezession. Nach Erholungsphasen gab es wieder Konjunkturreinbrüche ab 2001. Insgesamt hat sich die Wirtschaft im letzten Jahrzehnt in den USA viel stärker als in der EU entwickelt. Japan erlebte seit Anfang der neunziger Jahre eine Stagnation mit einer ausgeprägten Deflationskrise, die erst in jüngster Zeit überwunden wurde.

Diese Skizzierung der komplexen ökonomischen Realität lassen erahnen, dass schon eine Prognose (ex ante Evaluierung) von Integrationseffekte auf Grund von theoretischen Erwartungen schwierig ist, dass aber eine nachträgliche (ex post) Quantifizierung von Integrationseffekte infolge eines Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft noch viel ambitiöser ist.

6.2 Erwartungen ex ante - Integrationstheorie

Die Theorie der regionalen Integration ist gut entwickelt und erlaubt es, mittels numerischen allgemeinen Gleichgewichtsmodellen (CGE-Modellen) oder makroökonomischen Modellen ex ante relativ klare Aussagen zu machen. Baldwin/Venables (1995, S. 1601)³ haben eine Prototyp-Gleichung abgeleitet, die alle denkbaren Integrationseffekte (Ableitung der Wohlfahrtseffekte aus einer indirekten Nutzenfunktion) im Falle einer regionalen Integration (wenn Länder einer Integrationsgemeinschaft beitreten) auftreten könnten. Die potentiellen (theoretischen) Integrationseffekte, die man in Finnland, Österreich und Schweden anlässlich des EU-Beitritts erwarten konnte, werden mit der Baldwin-Venables-Gleichung interpretiert:

$$(1) \quad dV / V_E = \alpha dm - m d[t - \alpha] - m dp \\ + [p + t - \alpha] dX - X a_x d_x + (V_n / V_E) dn \\ + (\tilde{r} / \rho - 1) dI .$$

Die Veränderung der Wohlfahrt (dV , wobei d der Differenzoperator ist) eines repräsentativen Konsumenten relativ zum Grenznutzen der Konsumausgaben (V_E) hängt theoretisch von sieben Teilintegrationseffekten ab:

³ Für eine ähnliche Wohlfahrtsanalyse im Falle der jüngsten EU-Erweiterung, siehe Kohler (2004).

- a) *Traditionelle Handelseffekte* bei vollständiger Konkurrenz: Der rechte Teil in der ersten Zeile von Gleichung (1) enthält die Handelseffekte, bestehend aus drei Untereffekten: 1) einem *Handelsvolumeneffekt (HV)*: αdm , dabei bedeuten: t den Vektor der Handelskosten (Zölle, NTBs), m den Vektor der Netto-Importe (+ = Importe) und $\alpha = 1$ Zolleinnahmen im Inland; $\alpha = 0$ Handelsbarrieren, wenn keine Renten (Zolleinnahmen) im Inland anfallen; 2) einem *Handelskosteneffekt (HK)*: $-md[t - \alpha]$ und 3) einem *Terms-of-Trade-Effekt (TOT)*: $-mdp$; wobei p der Vektor der Preise an der Grenze ist.

Die HV-Effekte würden nur zum Tragen kommen, wenn es noch Zölle zwischen den drei Neuen und der EU vor Eintritt in die EU gegeben hätte (im Falle einer echten Zollunion würden durch den Eintritt in die Zollunion mit gemeinsamem Außenzoll dann handelsschaffende – trade creation – und handelsumlenkende – trade diversion – Effekte auftreten). Tatsächlich waren die Zölle bereits vorher durch die Freihandelsabkommen von 1973 (EFTA-EG) eliminiert ($t = 0$). Daher spielen beim Eintritt in den Binnenmarkt nur mehr die HK-Effekte eine Rolle in Form von Handelsbarrieren und noch bestehenden NTBs eine Rolle (daher gilt $\alpha = 0$) und es ist nur noch der Ausdruck $-mdt$ relevant. Durch den EU-Beitritt stieg die Wohlfahrt dadurch, dass die (zolläquivalenten) Handelsbarrieren (Handelskosten durch Grenzkontrollen) wegfallen. Da es sich bei den drei Neuen um kleine Länder handelt, die die Weltmarktpreise und dadurch die Terms of Trade nicht beeinflussen können, fällt auch der TOT-Effekt weg (dritter Ausdruck auf der rechten Seite von Gleichung (1) in der ersten Zeile: $dp = 0$).

- b) *Moderne Integrationseffekte* bei unvollständiger Konkurrenz: Die zweite Zeile von Gleichung (1) enthält drei Integrationseffekte, die in der modernen Außenhandelstheorie vorkommen: 1) einen *Produktionseffekt (PE)*: $[p + t - a]dX$, wobei der Klammerausdruck dem Gewinn entspricht, also Erlös $p + t$ minus Kosten a ; dX ist die Veränderung des Produktionsvektors; 2) einen *Economies-of-Scale-Effekt (EOS)*: $-Xa_x dx$; a_x sind die Durchschnittskosten (Faktorpreise für Kapital und Arbeit) im Sektor x und 3) einen *Produktvariationseffekt (VE)*: $(V_n / V_E)dn$, wobei V_n der Grenznutzen einer Produktvariante n ist.

Der Beitritt zum Binnenmarkt kann theoretisch alle drei Untereffekte aufweisen. Zum einen führt der Binnenmarkt zu einer Produktionsausweitung (PE-Effekt), zum anderen initiiert der zunehmende Handel im EG-Binnenmarkt mehr intra-industriellen Handel, der wiederum durch

unvollständige (monopolistische) Konkurrenz erklärbar ist. Integration in einen größeren Markt erlaubt die Ausnützung von EOS-Effekten. Einem Anstieg marktbeherrschender Stellungen könnte der Pro-competitive-Effekt des zunehmend stärkeren Intra-EU-Handels entgegenwirken (Verlust von Monopolstellungen). Wenn der Binnenmarkt sein Ideal eines vollständig fairen Marktes verwirklichen könnte, würden allerdings im Industriegleichgewicht die Kosten gleich den Preisen sein und sowohl der PE- als auch der EOS-Effekt würden wegfallen und nur noch der VE-Effekt würde übrig bleiben. Die Teilnahme am großen Binnenmarkt kann zum einen zu einer Produktionsverlagerung in den Binnenmarkt führen und zum anderen zur Aufrechterhaltung vorübergehender produktbezogener Monopolstellungen zu einer stärkeren Produktdifferenzierung und daher zu einer Zunahme der Produktvarianten (VE-Effekt). Wie hoch dieser Effekt ist, ist empirisch schwer feststellbar. Die Hypothese von Casella (1996), dass kleine Länder mehr vom Eintritt in eine Integrationsgemeinschaft gewinnen als große Länder, weil erstere stärkere Skaleneffekte lukrieren können sollten, ist zwar plausibel, empirisch aber nicht eindeutig beweisbar (siehe Badinger/Breuss, 2005).

c) *Akkumulations- oder Wachstumseffekte (AE)*: $(\tilde{r} / \rho - 1)dI$, wobei \tilde{r} die soziale Ertragsrate des Faktors Kapital und ρ der Diskontsatz sind; I sind die Investitionen (dritte Zeile von Gleichung (1)). Die große Frage bei allen Integrationsschritten ist, ob Integration auch zu mehr Wirtschaftswachstum führt. Dies ist der Fall, wenn sie die Erträge von Investitionen in Sach- oder Humankapital erhöht. Eine weitere Frage ist, ob die dynamischen oder Wachstumseffekte nur kurzfristig sind oder langfristig (permanent) sind. Im ersten Fall kommt es anlässlich des Beitritts zu einer Integrationsgemeinschaft zu einem schockartigen Anstieg im Niveau z.B. des realen BIP (einmaliger Wachstumsschub) und in der Folge zu einer normalen Weiterentwicklung. Im zweiten Fall würde Integration bedeuten, dass permanent die Wachstumsraten des realen BIP höher sind als zuvor (höheres „steady-state“ Wachstum). Die Teilnahme am Binnenmarkt führt auch zu Investitionsbeschaffung und –ablenkung. Während neue Mitglieder attraktiv für ausländische Direktinvestitionen (FDI) werden, erlebt die Rest-EFTA eine Investitionsablenkung. Langfristig könnte ein EU-Beitritt über technische spill-overs zu mehr Wachstum führen (Coe/Helpman, 1995), entweder als Folge des zunehmenden Intra-EU-Handels oder dadurch, dass der wissenschaftliche Austausch staatlich gefördert wird (EU-Rahmenprogramme) und dadurch mehr Ausgaben in Forschung und Entwicklung (F&E) ermöglichen, wodurch indirekt wieder das Wachstum

langfristig stimuliert werden kann. Die Frage von Standorteffekten durch einen EU-Beitritt könnten auch mittels des modernen Zweigs der Economic Geography (Krugman, 1991; Baldwin/Venables, 1995, S. 1619) analysiert werden, wobei dieser Zweig der Handelstheorie empirisch noch wenig ausgelotet ist.

Tabelle 5: Integrationseffekte ex ante: Finnland, Österreich und Schweden

	Finnland	Österreich	Schweden
	<i>Nettowohlfahrtseffekte in % des BIP</i>		
Flam (1995; S. 465)	+0,86	+0,08	+0,22
Keuschnigg/Kohler (1996, S. 187)	+1,00	+1,18	+0,59
	<i>Kumulierte Abweichung des realen BIP von der Basislösung (ohne EU-Beitritt) in %</i>		
<i>Permanente Effekte</i> (Alho/Erkkilä/Kotilainen, 1996; Widgrén, 1999, S. 83)	+4,2		
<i>Effekte nach 6 Jahren</i> (Breuss/Kratena/Schebeck, 1994, S. S27)		+2,8	
<i>Langfristige Effekte</i> (Keuschnigg/Kohler, 1996, S. 169)		+1,9	

Die wenigsten CGE- und Makromodelle erlauben die Quantifizierung aller dieser theoretisch denkbaren Integrationseffekte. Am nächsten kommt diesem theoretischen neoklassischen Idealbild noch das dynamische CGE-Modell von Keuschnigg/Kohler (1996). Es gab vor und kurz nach dem Beitritt zur EU in den drei neuen Mitgliedstaaten zahlreiche Studien über die möglichen Integrationseffekte dieses Schrittes (für Länderüberblicke siehe Widgrén (1999) für Finnland, Breuss (1995, 1996, 1999a) für Österreich und Dahl (1999) sowie Kokko (1994) für Schweden). Daneben gab es Studien, die mittels CGE-Modellen die Integrationseffekte in der EFTA studierten (z.B. Norman, 1989) oder jene von EU und EFTA verglichen (siehe Haaland, 1993). Die wichtigsten Ergebnisse für Finnland, Österreich und Schweden sind in Tabelle 5 zusammengefasst.

Alle diese Studien erwarteten zum einen vom EU-Beitritt der drei Neuen relativ viel, zum anderen waren die quantitative Ergebnisse doch recht unterschiedlich. Während die Integrationseffekte für Österreich sowohl von Breuss/Kratena/Schebeck (1994) mit einem verknüpften Makro-Input-Output-Modell und jenes von Keuschnigg/Kohler (1996) mit einem

dynamischen Mehrsektoren-CGE-Modell durchsimuliert wurden, sind die Ergebnisse für die anderen Länder relativ primitive Ableitungen aus vermuteten Handels-, Preis- und Konkurrenzeffekten (z.B. Flam, 1995 und auch Keuschnigg/Kohler, 1996 für Finnland und Schweden – nur abgeleitet aus den Modellelastizitäten des Österreichmodells!).

6.3 Erfahrungen ex post – Ein Integrationsmodell

Obwohl schon die Integrationstheorie reichlich viele Effekte diagnostiziert, scheint es – wie bereits eingangs angesprochen –, dass es noch relativ leichter wäre, ex ante Integrationseffekte zu behaupten, als sie dann nachträglich zu verifizieren oder zu falsifizieren. Ein erster Versuch für Österreich (Breuss, 1999b, 2000), die ökonomischen Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft zu quantifizieren und mit ex-ante-Schätzungen zu vergleichen, hat ergeben, dass die Erwartungen nahezu eingetroffen sind.

Nach der Beschreibung der wirtschaftlichen Entwicklung anhand wichtiger Eckdaten der drei Neuen in der EU in den vorangegangenen Kapiteln und dem Versuch, aus Vergleichen der Vor- und Nachbeitrittsperioden Schlüsse auf Integrationswirkungen zu ziehen, wird nun mit einem einheitlichen Modellansatz geschätzt, wie sich die verschiedenen Kanäle der Integration in den drei Ländern ausgewirkt haben. Für alle drei Länder wird das gleiche Modell (ein stark angebotsseitiges kleines Makromodell) entwickelt und die dazu notwendigen Gleichungen jeweils ökonometrisch für jedes Land geschätzt (siehe Anhang). Die Integrationseffekte werden dann mittels Simulationen ermittelt⁴.

Das Integrationsmodell geht von der Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 aus und lässt im zeitlichen Verlauf die Quantifizierung folgender Effekte zu:

1) *EG-Binnenmarkt – Mitnahmeeffekte seit 1993:*

a) *Mehr BIP-Wachstum in der EU:* Hier wird unterstellt, dass der Binnenmarkt in den letzten zehn Jahren das reale BIP in der EU um jährlich durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte gesteigert hat. Dieser Wert ist aus der Studie von Badinger (2001, 2003) abgeleitet. Die Europäische Kommission (EU, 2002b, S. 2-3) kommt in ihrer Ex-post-Evaluierung „10 Jahre

⁴ Die hier vorgestellten Berechnungen basieren auf der Methode, die erstmals in Breuss (2003a) für die drei Länder angewandt wurde.

Binnenmarkt“ mittels Simulationen mit dem Makromodell QUEST II zum Schluss, dass das Niveau des realen BIP der EU dank des Binnenmarktes im Jahre 2002 um 1,8 Prozentpunkte oder 164,5 Milliarden € höher war⁵. Danach wurden seit 1992 in der EU 2,5 Millionen Arbeitsplätze geschaffen. Dies entspricht ebenfalls unseren Annahmen eines jährlichen Zuwachses des realen BIP der EU von rund 0,2 Prozentpunkten. Die Europäische Kommission hatte in ihrem Cecchini-Bericht leicht höhere BIP-Effekte unterstellt. Catinat/Donni/Italianer (1988), ermitteln einen kumulierten Zuwachs des realen BIP der EU nach sechs Jahren von 4.5%⁶. Durch diese Annahme erhöhen sich in unserem Modell lediglich die Exporte in die EU.

- b) *Mehr Wettbewerb im Finanzsektor seit 1993*: Der Binnenmarkt, stärker erst die WWU hat zu einem stärkeren Wettbewerb im Finanzsektor geführt. Hier wird unterstellt, dass dadurch die langfristigen Nominalzinssätze in Deutschland jährlich um 0.1% gesunken sind. Dies führte in unserem Modell auch zu einem Rückgang der Zinssätze in den drei Neuen, was die Kapitalbildung begünstigte und einen leicht positiven Impuls auf das reale BIP hatte.
- c) *Generell mehr Wettbewerb im Binnenmarkt seit 1993*: Der Cecchini-Bericht (siehe Catinat/Donni/Italianer, 1988) hat unterstellt, dass der stärkere Wettbewerbsdruck im Binnenmarkt die Verbraucherpreise über sechs Jahre kumuliert um sechs Prozentpunkte sinken lässt, was sich auch in niedrigeren Exportpreisen im Ausmaß von 5 ½% niederschlagen müsste⁷. Hier wird unterstellt, dass sich diese Exportpreisdämpfung in einem Rückgang der Importpreise in den drei Neuen im Ausmaß von 0.5% pro Jahr niedergeschlagen hat. Durch die niedrigere importierte Inflation sinkt auch das Preisniveau im Inland, was sich in einer Reduktion der Verbraucherpreise niederschlägt. Auf das reale

⁵ Den simulierten BIP-Effekten von 10 Jahren EU-Binnenmarkt liegen folgende Inputs im QUEST-II-Modell zu Grunde: 1) ein Sinken der Preisaufläge auf die Kosten (mark-up) von rund 0,9 Prozentpunkten auf Grund der Wirkungen des Preiswettbewerbs auf dem integrierten Binnenmarkt und 2) ein Anstieg der gesamten Faktorproduktivität (TFP) von ungefähr 0,5% wegen der gestiegenen Effizienz auf dem Binnenmarkt infolge von Liberalisierung/Deregulierung und Privatisierung (siehe Roeger/Sekkat, 2002). Der TFP-Modellinput resultiert aus der Erkenntnisse diverser Studien, die den Einfluss der Öffnung der Märkte (Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung auf sektoraler Ebene und gesamtwirtschaftlich) untersuchen. Dazu zählen z.B. die Studien von Nicoletti/Scarpetta (2003) sowie jene von Salgado (2002), beides Studien, die die Einflüsse von Liberalisierung (Reform der Produkt- und Arbeitsmärkte) auf sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Ebene mit Panel-Schätzungen für die Industrieländer der OECD auf das gesamte Produktivitätswachstum (TFP) untersuchen.

⁶ In einer Zwischenbewertung hat die Europäische Kommission (EU, 1996) die ursprünglichen Ergebnisse des Cecchini-Berichts mehr oder weniger bestätigt.

⁷ Allen/Gasiorek/Smith (1998) haben die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Preis-Kosten-Spannen (Monopolaufschläge – mark-ups) für eine Vielzahl von Industriesektoren untersucht und kommen zum Schluss, dass der Binnenmarkt dazu führte, dass sie in der EU-Industrie Durchschnitt um 3 ½% gesunken sind.

BIP entsteht dadurch nur am Beginn ein leichter positiver Effekt, der sich im Laufe der Zeit aber in einen leicht negativen Effekt verwandelt.

2) *EWR-Effekte seit 1994:*

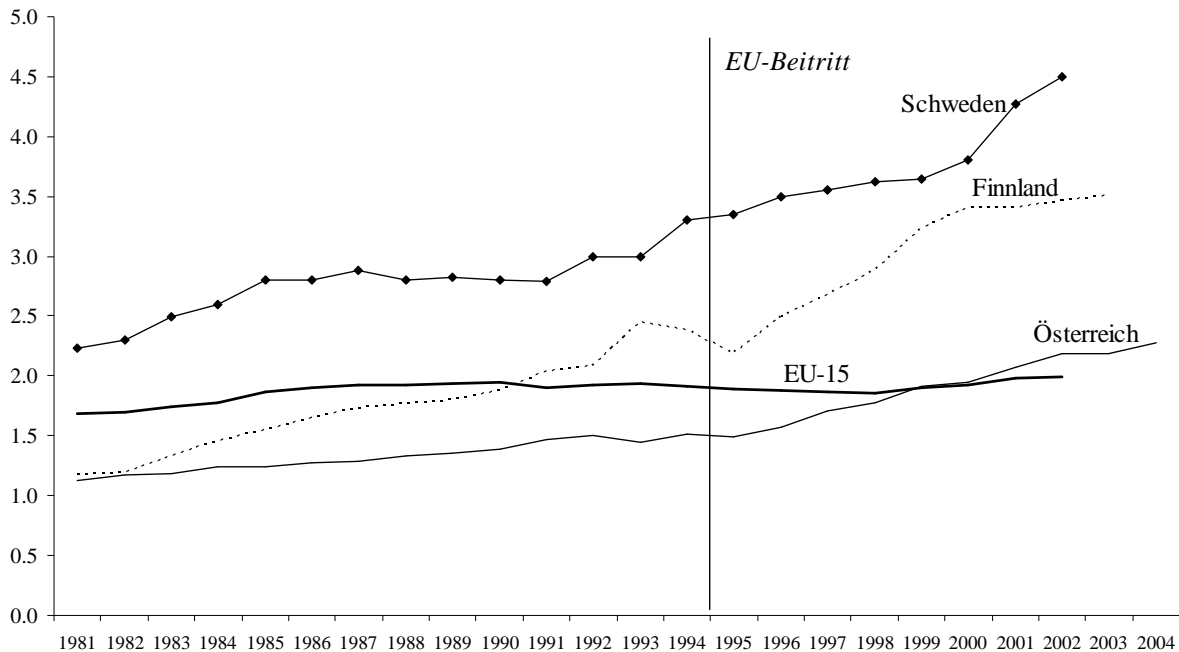
Alle drei Neuen nahmen 1994, als sie noch Mitglieder der EFTA waren, am EWR teil. Neben den postulierten vier Freiheiten, die das EWR-Abkommen vorsah (aber nur unvollständig verwirklicht wurde), wurde vor allem die Wettbewerbspolitik vereinheitlicht. Hier wird unterstellt, dass dies bereits vor dem EU-Beitritt zu einer Stärkung des preislichen Wettbewerbs geführt hat. Dieser Effekt wird dadurch eingefangen, dass der Monopolaufschlag (mark-up) in der Preisgleichung verändert wurde. Daraus resultiert eine Veränderung der relativen Faktorpreise. Daraus ergibt sich eine Senkung der Inlandspreise, was sich positiv auf die real verfügbaren Einkommen (Konsumentenwohlfahrt) auswirkte. Wie groß dieser Konkurrenzeffekt ist, ist empirisch schwer zu erfassen⁸. Hier wurde unterstellt, dass der mark-up seit 1994 um 15 Prozentpunkte gesunken ist. Durch die zunehmende Konkurrenz der Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa und durch deren Beitritt zur EU, dürften die markups weiter sinken.

3) *EU-Beitritt 1995:*

a) *Handelseffekte:* Sowohl 1994 als auch 1995 kam es im Handel mit der EU sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite zu starken Zuwächsen, die sich dann rasch auf normalen Wachstumsraten einpendelten. Hier wird sowohl in der Gleichung für die realen Exporte in die EU als auch die realen Importe aus der EU jeweils eine Integrationsvariable verwendet, die Badinger (2001) für seine Wachstumsschätzungen verwendete. Seit 1994 teilweise und voll seit 1995 wird dabei berücksichtigt, dass der Wegfall der Grenzkontrollen zu einer Senkung der Handelskosten von rund 5% geführt hat. In den Simulationen wird davon ausgegangen, dass die Handelskosten nicht gesenkt worden wären. Dadurch kann man den sprunghaften Anstieg von Exporten und Importen am Beginn des EU-Beitritts einfangen. Allerdings klangen diese Effekte rasch ab, sodass daraus nur zu Beginn leicht positive BIP-Effekte resultierten. Durch die EU-Erweiterung 2004 kommt ein zusätzlicher Integrationseffekt zum Tragen.

⁸ Entsprechende erste Schätzungen am Beginn des Binnenmarktes – allerdings nur für die Industrie – siehe Allen-Gasiorek-Smith (1998) bzw. Ex-post-Schätzungen von Badinger (2004) mit eher gemischten Ergebnissen.

Abbildung 8: Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E)
(F&E in % des BIP)



Quellen: Eigene Zusammenstellung, basierend auf: OECD, Main Science and Technology Indicators 2003/2, Paris 2003; Europäische Kommission (Eurostat)

b) *Endogenes Wachstum durch mehr F&E-Aufwendungen:* Das hier konzipierte

Integrationsmodell mit einer Produktionsfunktion endogenisiert den technischen Fortschritt nach der Methode von Coe/Helpman (1995). Das heißt, dass die Entwicklung der gesamten Faktorproduktivität durch die Arbeitsproduktivität und durch Aufwendungen für F&E im eigenen Land und durch spill-overs von der EU erklärt wird. Die F&E spill-overs ergeben sich dadurch, dass die F&E-Quote der EU mit dem modellendogen bestimmten Anteil der Importe aus der EU multipliziert werden. In den Simulationen wird nun unterstellt, dass durch die Teilnahme als EU-Mitglied an den Rahmenprogrammen der EU die F&E-Quote in den drei Neuen im Ausmaß von 0,1%, ansteigend auf 0,2% des BIP mehr gesteigert werden konnten, als dies ohne EU-Mitgliedschaft der Fall gewesen wäre. Dass nach dem EU-Beitritt tatsächlich der Trend der F&E-Ausgaben viel steiler verläuft, ersieht man aus Abbildung 8. Es wird daher unterstellt, dass der Zuwachs außerhalb der EU milder gewesen wäre als er tatsächlich war. Daraus resultieren kräftige Integrationseffekte für das BIP.

Tabelle 6: Ausländische Direktinvestitionen (FDI): Finnland, Österreich und Schweden

	1990	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	in % des BIP									
Finnland:										
FDI-Exporte:										
EU	1,35	3,97	1,15	2,29	3,07	16,37	3,34			
Insgesamt	2,31	4,28	1,15	2,81	4,31	17,70	5,17	18,78	6,91	7,49
FDI-Importe:										
EU	0,59	1,15	0,48	0,99	1,37	10,98	3,44			
Insgesamt	0,70	1,57	0,82	0,87	1,73	11,53	3,61	6,67	3,08	6,92
Österreich:										
FDI-Exporte:										
EU	0,40	0,26	0,18	0,27	0,45	0,70	0,51	0,31		
Insgesamt	1,00	0,60	0,48	0,84	0,97	1,29	0,57	3,01	1,65	2,75
FDI-Importe:										
EU	0,27	0,30	0,47	1,66	0,81	2,29	1,06	4,45		
Insgesamt	0,40	0,66	0,81	1,91	1,29	2,14	1,42	4,63	3,09	0,74
Schweden:										
FDI-Exporte:										
EU	4,66	1,48	0,64	0,31	0,60	4,30	2,77	8,66	0,14	
Gesamt	6,17	3,13	4,52	1,72	5,10	9,82	8,72	16,90	3,01	4,50
FDI-Importe:										
EU	0,67	1,32	0,40	1,03	2,27	5,84	20,25	4,47	4,01	
Gesamt	0,83	2,97	5,82	1,87	4,43	7,99	24,19	9,67	5,37	4,59

Quellen: Eigene Berechnungen, basierend auf: OECD, International Direct Investment Statistics Yearbooks, mehrere Jahrgänge; UNCTAD, World Investment Report, mehrere Jahrgänge.

- c) *FDI-Einstrom aus der EU:* Der EU-Beitritt hat natürlich den Standort der drei Neuen deutlich verbessert. Es ist seit 1995 zu massiven Zuströmen an ausländischen Direktinvestitionen (FDI) aus der EU (aber nicht nur von dort) gekommen. Die FDI-Statistiken der OECD und der UNCTAD weisen erhebliche Unterschiede auf. Für unsere Berechnungen wurden OECD-Daten verwendet (siehe Tabelle 6). Zwar weisen die FDI-Ströme starke jährliche Schwankungen auf, doch wird unterstellt, dass durch die EU-Mitgliedschaft ein stetiger zusätzlicher Anstieg der FDI-Importe von anfänglich 0,2% des BIP bis zu zusätzlich 1,5% des BIP zustande gekommen ist. Dadurch wurde die Kapitalbildung beschleunigt, was sich in unserem Modell – über die Produktionsfunktion - in Wachstumseffekten niederschlägt. Es wird unterstellt, dass ein Nichtbeitritt zur EU eine schwächere FDI-Dynamik zur Folge gehabt hätte. Als Folge davon kommt es zu nicht unerheblichen BIP-Effekten, am stärksten in Finnland.
- d) *Netto-Zahlerposition vis à vis dem EU-Haushalt:* Die Netto-Zahlungen in % des BIP (siehe Tabelle 4) werden hier als negative Wohlfahrtseffekte vom BIP pro Kopf abgezogen. Sie sind immer negativ für Österreich und Schweden, und nahezu Null in Finnland.

6.4 Gesamteffekte

Die Gesamteffekte für die drei Länder sind in Tabelle 7 für die wichtigsten Makrovariablen zusammengestellt: Finnland weist die stärksten BIP-Effekte durch den EU-Beitritt auf, gefolgt von Österreich und Schweden. Die Ex-post-Effekte sind sehr ähnlich jenen von Breuss (1999b, 2000, 2003a). Aus Abbildung 9 ersieht man, dass die durchschnittlichen Wachstumsrateneffekte keine permanenten, sondern nur temporäre sind (dies deckt sich mit den Ergebnissen von Badinger, 2001, 2003). Nach den anfänglichen Mitnahmeeffekten durch Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1993 und den Konkurrenzeffekt des EWR im Jahr 1994 kamen die eigentlichen EU-Beitritts-effekte zum Tragen. Allerdings klangen diese nach fünf bis sechs Jahren wieder ab. Der EU-Beitritt führte also nicht zu einem „steady-state“ Wachstum des realen BIP mit anhaltend gleichen Raten. Es handelt sich lediglich um einen Niveaueffekt: das reale BIP der drei Neuen machte nach dem EU-Beitritt einen einmaligen Sprung nach oben. Seither wächst es mit normalen Raten weiter. Durch die EU-Erweiterung von 2004 kam es zu einem neuerlichen Anstoßeffekt auf das reale BIP; in Österreich am stärksten, weil Österreich davon auch am meisten profitieren dürfte (siehe Breuss, 2002b). Kumuliert sind die Niveaus des realen BIP seit 1995 in Finnland um 4,8 Prozentpunkte, in Österreich um 2,8 Prozentpunkte und in Schweden um 2,2 Prozentpunkte stärker gestiegen als ohne den EU-Beitritt (siehe Tabelle 7)⁹.

Die hier ermittelten Integrationseffekte auf das Wirtschaftswachstum speisen sich hauptsächlich aus den sogenannten „modernen“ Integrationseffekten (F&E- und FDI-Effekte). Die traditionellen Integrationseffekte (Handelseffekte etc.) sind dagegen verschwindend klein. Die Wettbewerbseffekte (Senkung der markups) schlagen sich hauptsächlich in einer Preisdämpfung nieder. Generell ist das Ausmaß der Effekte nie exakt eruiert, weil man niemals genau die Situation des Anti-mondes, also die Entwicklung aller Variablen ohne Integration kennt.

⁹ Catinat/Donni/Italianer (1988) schätzten ex ante, dass der Binnenmarkt nach sechs Jahren das kumulierte BIP der EU um 4,5 Prozentpunkte anheben wird. Demgegenüber hat die Europäische Kommission (siehe Roeger/Sekkat, 2002) ex post für die EU insgesamt nach 10 Jahren Binnenmarkt einen Niveauanstieg des realen BIP von 1,4 Prozentpunkten (mit einer Spannweite von 0,76% und 2,05%) errechnet. Allerdings sind darin nicht alle Binnenmarkteffekte enthalten. Insbesondere sind jene der Liberalisierung des Dienstleistungssektors nicht berücksichtigt. Weiters dürften durch die Liberalisierung diverser Netzwerkindustrien (Strom, Gas, Telekom) nochmals etwa 0,6 Prozentpunkte innerhalb von 10 Jahren dazu kommen (siehe EU, 2002c, chapter 3).

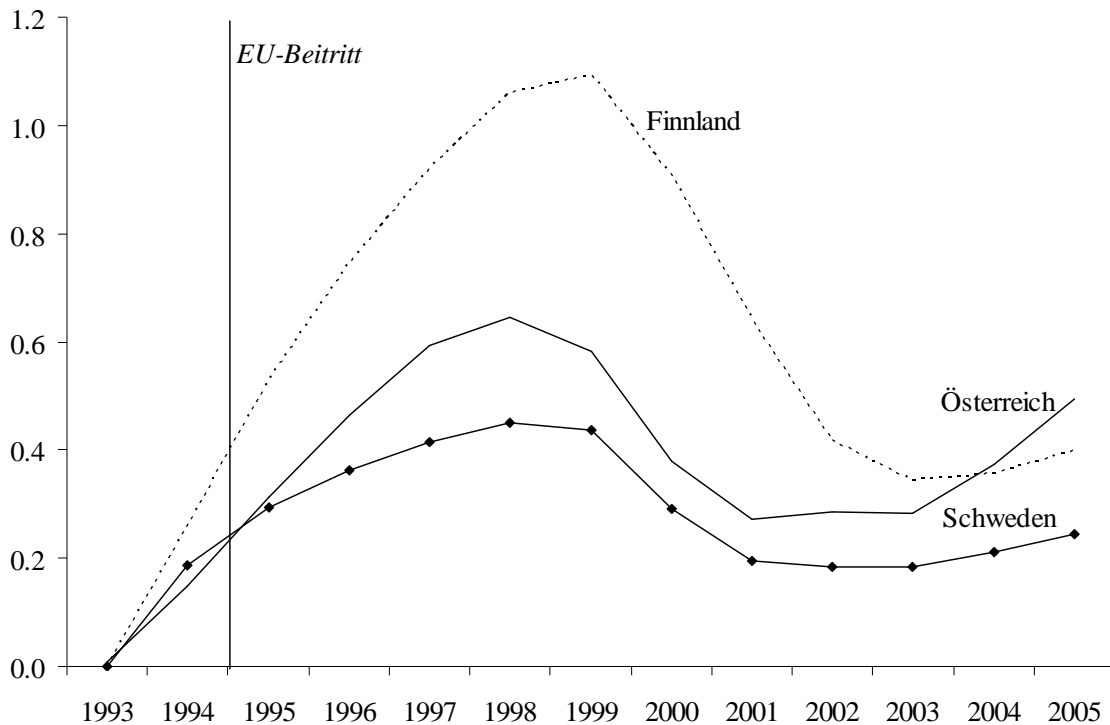
Tabelle 7: Integrationseffekte durch den EU-Beitritt

	Finnland	Österreich	Schweden
	Durchschnittliche jährliche Veränderung 1995/2005 in %		
BIP, real	0,67	0,43	0,30
<i>BIP, real (kumuliert 1995-2005)</i>	<i>(4,82)</i>	<i>(2,84)</i>	<i>(2,20)</i>
Gesamte Faktorproduktivität (TFP)	0,02	0,17	0,11
Kapitalstock	0,50	0,15	0,13
Beschäftigte	0,71	0,29	0,21
Arbeitslosenquote (in %)	-1,27	-0,23	-0,35
Inflationsrate	-0,43	-0,30	-0,45
Lohnstückkosten	-0,29	-0,12	-0,21
Exporte in die EU, real	0,62	0,40	0,27
Importe aus der EU, real	1,25	0,74	0,13
Verfügbares persönliches Einkommen, real	0,83	0,55	0,52
BIP, real pro Kopf	0,67	0,43	0,30
BIP, real pro Kopf inkl. Netto-Zahlungen an das EU-Budget	0,59	0,31	0,24

Quelle: Eigene Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang)

Die Ergebnisse sind aber vor dem Hintergrund der ex-ante-Schätzungen nicht ganz unplausibel. Letztlich gibt es kein Modell, das alle theoretisch denkbaren Integrationseffekte einzufangen imstande ist, geschweige denn, dass dies ex post überhaupt jemals exakt zu ermitteln ist. Eine nicht modellmäßige Methode zur Ermittlung von Integrationseffekten würde darin bestehen, die Entwicklung der drei Neuen mit ausgewählten Referenzländern (solchen, die nicht der EU beigetreten sind) zu vergleichen. Teilweise wurde dies in den Anfangskapiteln mit den Vergleichen mit den USA und der Schweiz gemacht. Auch hier kann man nie die vollen Unterschiede zwischen den EU-ins und den EU-outs als Integrationseffekte identifizieren.

Abbildung 9: Integrationseffekte durch die EU-Mitgliedschaft
(BIP real, zusätzliche Veränderung gegen das Vorjahr in %)



Quelle: Eigene Berechnungen mit dem Integrationsmodell (siehe Anhang)

7. Ausblick auf die Zukunft

Die vorletzte EU-Erweiterung von 1995 war wirtschaftlich gesehen für die Europäische Union in mehrfacher Hinsicht „angenehm“. Es handelte sich um kleine, hoch entwickelte und „reiche“ Industriestaaten. Zusätzlich sind sie allesamt Nettozahler in den EU-Haushalt. Lediglich die Tatsache, dass Schweden nicht der Eurozone beitreten will, trübt das Bild. Auch für die Neuen war der EU-Beitritt per Saldo positiv, konnten sie doch alle – in unterschiedlich starkem Ausmaß – ihr Brutto-Inlandsprodukt steigern. Überraschenderweise ist die theoretisch erwartete Zunahme des Handels mit der EU (Handelsschaffung) nicht eingetreten. Den positiven wirtschaftlichen Effekten der EU-Mitgliedschaft steht allerdings eine sehr skeptische und in letzter Zeit zunehmend ablehnende Haltung der Bevölkerung in allen drei Ländern (am wenigsten in Finnland) gegenüber. Mit diesem Paradoxon müssen neue Mitglieder der EU offensichtlich leben lernen.

Die Erfahrungen Österreichs, Finnlands und Schwedens sind nur bedingt auf die 10 neuen EU-Mitgliedstaaten ab 2004 anzuwenden. Zum einen handelt es sich dabei um kleine, immer noch stark im Aufholprozess befindliche „arme“ Transformationsländer. Sie werden den EU-Haushalt be- und nicht entlasten. Sie führen dazu, dass die EU-25 noch mehr segmentiert wird, d.h. sie beleben die „flexible Integration“. Bis zur Übernahme des Euro – und das dauert mindestens bis 2007 - werden mehr außerhalb der Eurozone (13) sein als drinnen (12). Durch die großen Einkommensgefälle führt die jüngste Erweiterung zum potentiellen Problem der Migration, das durch siebenjährige Ausnahmeregelungen aufgeschoben wurde. Auf der anderen Seite dürfte die Integration der Neuen in den EU-Binnenmarkt zu einem Wachstumsimpuls führen, der rund zehnmal so hoch sein dürfte als in den alten EU-Mitgliedstaaten (siehe Breuss, 2002b). Niedrige Löhne und eine rasch wachsende Wirtschaft innerhalb der EU machen die neuen EU-Mitgliedstaaten zu „emerging markets“ vor der Haustüre.

Neben dem scheinbar unaufhaltsamen Drang der EU zur Erweiterung- die nächste Erweiterung um Bulgarien und Rumänien steht schon 2007 ins Haus, weitere (um Kroatien, Mazedonien und die Türkei) werden folgen – steht die Frage der institutionellen und politischen Erneuerung der Union im Raum. Durch die Ablehnung Ratifikation des Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE) in den Kernländern der EU (Frankreich und den Niederlanden) ist der Ratifikationsprozess ins Stocken geraten und hat die EU in eine Tiefe Sinnkrise gestürzt. Die Zukunft der Union steht auf dem Spiel.

Anhang: Einheitliches Integrationsmodell für Finnland, Österreich und Schweden

1. Produktionsfunktion (Cobb-Douglas):

$$BIP = TFP K^\alpha L^{1-\alpha}$$

BIP = reales BIP; TFP = gesamte Faktorproduktivität (technischer Fortschritt); K = Kapitalstock, real; L = Beschäftigte; α = Faktoranteile am Volkseinkommen (Nettonationalprodukt)

2. Gesamte Faktorproduktivität (TFP)

$$\log(TFP) = f(\log(AP), \log(F \& E_i), m_i * \log(F \& E_{EU}), \log(TFP_{-1}))$$

$F\&E$ = Forschungs- und Entwicklungsausgaben in % des BIP; AP = Arbeitsproduktivität; m_i = Anteile der EU-Importe des Landes i an den Gesamtimporten; i = Länder: Finnland, Österreich und Schweden.

3. Inlandspreis (Deflator des privaten Konsums):

$$d \log(PK) = f(mu * d \log(ULC), d \log(PM), d \log(PK_{-1}))$$

PK = Deflator des privaten Konsums; mu = markup = Preiskonkurrenzdummy; ULC = Lohnstückkosten (Lohnsumme(W)/ BIP , real); PM = Deflator der Importe.

4. Verbraucherpreise (harmonisierte):

$$d \log(HVPI) = f(d \log(PK))$$

$HVPI$ = harmonisierter Verbraucherpreisindex.

5. BIP-Deflator

$$d \log(PBIP) = f(d \log(PK), d \log(PX), d \log(PM))$$

$PBIP$ = Deflator des BIP; PX = Deflator der Exporte.

6. Pro-Kopf-Löhne (Phillips-Kurve)

$$d \log(LB) = f(d \log(HVPI), d \log(AP), (1/U), d \log(LB_{-1}))$$

LB = Löhne(W)/Beschäftigte; U = Arbeitslosenquote

7. Kapitalnachfrage (privater Sektor)

$$d \log(K) = f(Bud, d \log(BIP), d \log(FDI), R, LB)$$

Bud = Budgetsaldo in % des BIP, FDI = Einstrom von FDI aus der EU in % des BIP, R = langfristiger nomineller Zinssatz.

8. Zinssatz, langfristig

$$R = f(BIPN), R_D, R_{-1})$$

R_D = Zinssatz in Deutschland.

9. Nachfrage nach Beschäftigten

$$d \log(L) = f(d \log(BIP), d \log(LB), d \log(L_{-1}))$$

10. Arbeitsproduktivität

$$AP = BIP / L$$

11. Lohnstückkosten (ULC)

$$ULC = LB / (BIP / L) = W / BIP$$

12. Arbeitslosenquote (Okun-Beziehung)

$$U = f(d \log(BIP), U_{-1})$$

13. Exporte in die EU, real

$$d \log(X_{EU}) = f(d \log(BIP_{EU}), d \log(REER), PROT)$$

X_{EU} = reale Exporte in die EU; BIP_{EU} = reales BIP der EU; $REER$ = realer effektiver Wechselkurs (relative Verbraucherpreise in einheitlicher Währung); $PROT$ = Protektionismus-Dummy (Änderung des Zoll- u. Handelskostenabbaus)

14. Importe aus der EU, real

$$d \log(M_{EU}) = f(d \log(BIP), d \log(PM / PBIP), PROT, d \log(M_{EU-1}))$$

M_{EU} = reale Importe aus der EU

15. Importanteil aus der EU

$$m_i = M_{EU} / M_W$$

M_W = reale Importe aus der Welt (Gesamtimporte)

16. Exporte in die Welt, real

$$d \log(X_W) = f(d \log(BIP_{EU}), d \log(REER), PROT, d \log(X_{W-1}))$$

X_W = reale Exporte in die Welt (Gesamtexporte)

17. Importe aus der Welt, real

$$d \log(M_W) = f(d \log(BIP_{EU}), d \log(PM / PBIP), PROT, d \log(M_{W-1}))$$

18. Persönlich verfügbares Einkommen, nominell

$$YD = f(BIPN, YD_{-1})$$

YD = persönlich verfügbares Einkommen, nominell; $BIPN$ = nominelles BIP.

19. Persönlich verfügbares Einkommen, real

$$YDR = YD / PK$$

YDR = persönlich verfügbares Einkommen, real

20. BIP, nominell

$$BIPN = BIP * PBIP$$

21. BIP, real pro Kopf

$$BIPpc = BIP / BEV$$

$BIPpc$ = reales BIP pro Kopf; BEV = Bevölkerung.

22. *BIP, real pro Kopf inkl. Netto-Zahlungen an EU*

$$BIP_{pcEU} = (BIP + (NZ / PBIP)) / BEV$$

BIP_{pcEU} = reales BIP pro Kopf inkl. Nettozahlungen an die EU (=NZ)

Alle Gleichungen wurden mit dem EViews5.0-Programm OLS ökonometrisch geschätzt mit Jahresdaten (wenn verfügbar) von 1960-2005. Die für die 3 Länder unterschiedlich notwendigen Dummy-Variablen für Sondereffekte wurden hier nicht ausgewiesen; *dlog* = Wachstumsrate; es wurden hauptsächlich Daten von der AMECO Datenbank der Europäischen Kommission plus einige von der OECD (Economic Outlook) verwendet (diverse Jahrgänge bzw. SourceOECD homepage).

Literatur:

- Alho, K./Erkkilä, M./Kotilainen, M. (Eds.) (1996): *The Economics and Policies of Integration - a Finnish Perspective*, ETLA A 22, 1996 (also Kluwer Dordrecht, 1996)
- Allen, Ch./Gasiorek, M., Smith, A. (1998): „The competition effects of the Single Market in Europe“, *Economic Policy*, No, 27, October 1998, S. 439-486.
- Badinger, H. (2001): *Growth Effects of Economic Integration – The Case of EU Member States (1950-200)*, Forschungsinstitut für Europafragen, Working Paper, Nr. 40, December 2001.
- Badinger, H. (2003): *Wachstumseffekte der Europäischen Integration*, Springer-Verlag, Wien-New York, 2003.
- Badinger, H. (2004): *Do we really know that the EU’s Single Market Programme has fostered competition? Testing for a decrease in markup ratios in EU industries*, Europainstitut an der WU-Wien, Working Paper, No. 55, February 2004.
- Badinger, H./Breuss, F. (2004a): *What Has Determined the Rapid Post-War Growth of Intra-EU Trade?*, *Weltwirtschaftliches Archiv*, Vol. 140, No. 1, 2004, 31-51.
- Badinger, H./Breuss, F. (2004b): *Has Austria’s Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study*, *Empirica*, Vol. 32, No. 2, June 2005, S. 145-180.
- Badinger, H./Breuss, F. (2005): *“Country Size and the Gains from Trade Bloc Enlargement: An Empirical Assessment for the European Community”*, *Review of International Economics*, 4/2005 (forthcoming).
- Baldwin, R.E./Venables, A.J. (1995): „Regional Economic Integration“, in: G. Grossman and K. Rogoff (Eds.), *Handbook of International Economics*, Vol. III, Amsterdam: Elsevier Science, B.V., 1995, S. 1597-1644.
- Breuss, F. (1995): „Die vierte EU-Erweiterung - um Österreich, Finnland und Schweden“, *WIFO-Monatsberichte* 2/1995, S. 105-125.
- Breuss, F. (1996): *Austria’s Approach towards the European Union*, Forschungsinstitut für Europafragen and der Wirtschaftsuniversität Wien (WU), IEF Working Paper, Nr. 18, Wien, April 1996.
- Breuss, F. (1999a): „Three Years in the EU: Expectations and Experiences in the Case of Austria“, P. Luif und K. Oberegelsbacher (Eds.), *Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership*, Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) und Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Wien, 1999a, S. 17-50.
- Breuss, F. (1999b): „Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs“, *WIFO-Monatsberichte* 8/1999b, S. 551-575.
- Breuss, F. (2000): „An Evaluation of the Economic Effects of Austria’s EU Membership“, *Austrian Economic Quarterly*, 4/2000a, pp. 171-196.
- Breuss, F. (2002a): *Die wirtschaftspolitische Architektur in der WWU*, *WIFO-Monatsberichte* 9, 581-607.
- Breuss, F. (2002b): „Benefits and Dangers of EU Enlargement“, *Empirica*, Vol. 29, No. 3, 2002b, S. 245-274.
- Breuss, F. (2003a): „Österreich, Finnland und Schweden in der EU - Wirtschaftliche Auswirkungen“, *WIFO-Monatsberichte* 7, S. 529-556.
- Breuss, F. (2003b): *Reale Außenwirtschaft und Europäische Integration*, Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main, 2003.
- Breuss, F. (2003c): *Balassa-Samuelson Effects in the CEEC: Are they Obstacles for Joining the EMU?*, Europainstitut der WU-Wien, Working Papers, No. 52, May 2003.

- Breuss, F. (2005a): Die Zukunft der Lissabon-Strategie, WIFO Working Papers, No. 244, Februar 2005.
- Breuss, F., (2005b): Konturen einer europäischen Wirtschaftspolitik, in: E. Hödl (Hrsg.): Europäische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, Metropolis Verlag, Marburg, 2005, S. 87-108.
- Breuss, F., Badinger, H. (2005): Der Beitrag des EU-Binnenmarktes (insbesondere des Dienstleistungsbinnenmarktes) zu Wachstum und Beschäftigung; Literaturscreening im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, 17. Jänner 2005.
- Breuss, F./Kratena, K./Schebeck, F. (1994): „Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren“, WIFO-Monatsberichte, Sonderheft, Mai 1994, S. S18-S33.
- Calmfors, L./Flam, H./Gottfries, N./Jerneck, M./Lindahl, R./Haaland Matlary, J./Nordh Berntsson, Ch./Rabinowicz, E./Vredin, A. (1997): EMU - A Swedish Perspective, Kluwer Academic Publishers: Amsterdam, 1997.
- Casella, A. (1996): „Large Countries, Small Countries and the Enlargement of Trade Blocs“, European Economic Review, Vol. 40, No. 2, February 1996, S. 389-415.
- Catinat, M./Donni, E./Italianer, A. (1988): The completion of the internal market: results of macroeconomic model simulations“, Economic Papers, European Commission, No. 65, September 1988.
- Coe, D.T./Helpman, E. (1995): „International R&D spillovers“, European Economic Review, Vol. 39, No. 5, May 1995, S. 859-887.
- Copenhagen Economics (2005): Economic Assessment of the Barriers to the Internal Market for Services, Final Report, Copenhagen, January 2005
- Dahl, L. (1999): „Effects of the Internal Market and EU Membership on Sweden“, in: P. Luif und K. Oberegelsbacher (Eds.), Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership, Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) und Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Wien, 1999, S. 51-76.
- Egger, P. (2004): Estimating Regional Trading Effects with Panel Data, Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 140, No. 1, 2004, 151-166.
- EU (1996): Economic Evaluation of the Internal Market, European Economy, Reports and Studies, No. 4, Brussels, November 1996.
- EU (2002a): Internal Market Scoreboard: 10 Years Internal Market without Frontiers, Special Edition, European Commission, Brussels, Nr. 11, November 2002.
- EU (2002b): Der Binnenmarkt - 10 Jahre ohne Grenzen, Special Edition, European Commission, Nr. 11, Brussels, November 2002i.
- EU (2002c): The EU Economy: 2002 Review, European Commission, ECFIN/475/02-EN, Brussels, 11 December 2002j.
- EU (2003): Binnenmarktanzeiger, Nr. 12, Europäische Kommission, Brüssel, 5. Mai .
- EU (2004a): EMU after 5 Years, European Economy, European Commission, Brussels, Special Report 1/2004.
- EU (2004b): Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Dienstleistungen im Binnenmarkt, Vorschlag der Europäischen Kommission, KOM(2004) 2 endgültig/2, Brüssel, 25.2.2004.
- EU (2005a): Second Implementation Report of the Internal Market Strategy, 2003-2006, Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, COM(2005) final, Brussels, 27.1.2005

- EU (2005b): Gemeinsame Maßnahmen für Wachstum und Beschäftigung: Das Lissabon-Programm der Gemeinschaft, Mitteilungen der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, KOM(2005), 330 endgültig, Brüssel, 20.7.2005.
- Faruquee, H. (2004): Measuring the Trade Effects of EMU, IMF Working Paper, No. 154, WP/04/154, Washington, August, 2004.
- Flam, H. (1995): „From EEA to EU: Economic consequences for the EFTA countries“, European Economic Review, Vol. 39, Nos. 3-4, April 1995, 457-466
- Haaland, J.I. (1993): „Welfare Effects of 1992: A General Equilibrium Assessment for EC and EFTA Countries“, Empirica, Vol. 20, No. 2, 1993, S. 107-127.
- Keuschnigg, Ch./Kohler, W. (1996): „Austria in the European Union: dynamic gains from integration and distributional implications“, Economic Policy, No. 22, April 1996, 155-211.
- Kohler, W. (2004): „Eastern Enlargement of the EU: a comprehensive welfare assessment“, Journal of Policy Modeling, Vol. 26, Issue 7, October 2004, pp. 865-888.
- Kok, W. (2004): Die Herausforderung annehmen: Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung, Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, Brüssel, 3. November 2004.
- Kokko, A. (1994): „Sweden: Effects of EU Membership on Investment and Growth“, The World Economy, Vol. 17, No. 5, 1994, S. 667-677.
- Kox, H., Lejour, A., Montizaan, R. (2004a): The free movement of services within the EU, CPB Document, No 69, October 2004.
- Kox, H., Lejour, A., Montizaan, R. (2004b): Intra-EU trade and investment in service sectors, and regulation patterns, CPB Memorandum, No 102, 19 November 2004.
- Krugman, P.R. (1991): Geography and Trade, MIT Press, Cambridge, MA, 1991.
- Micco, A./Stein, E./Ordonez, G. (2003): „The currency union effect on trade: early evidence from EMU“, Economic Policy, Vol. 18, Issue 37, October, 315-256.
- Nicoletti, G./Scarpetta, St. (2003): „Regulation, productivity and growth: OECD evidence“, Economic Policy, No. 36, April 2003, S. 9-72.
- Norman, V. (1989): „EFTA and the Internal European Market“, Economic Policy, Vol. 9, 1989, S. 423-465.
- Roeger, W./Sekkat, K. (2002): The Macroeconomic Effects of the Single Market Program after 10 Years, Hintergrundpapier der Europäische Kommission, Brüssel, II-A-1/W D(2002) (siehe auch die EU-homepage: http://europa.eu.int/comm/internal_market/10years/background_en.htm)
- Salgado, R. (2002): Impact of Structural Reforms on Productivity Growth in Industrial Countries, IMF Working Paper, WP/02/10, January 2002.
- Widgrén, M. (1999): „EU Membership’s Consequences for the Finnish Economy: Estimates before Membership and First Experiences“, in: P. Luif und K. Oberegelsbacher (Eds.), Austria, Finland and Sweden: The Initial Years of EU Membership, Verwaltungsakademie des Bundes (VAB) und Österreichisches Institut für Internationale Politik (OIIP), Wien, 1999, S. 77-84.